



Information

S. 3

Haushalt

S. 4-11

Bank

S. 13

Rückblick

S. 16/17

Nur ein gut informiertes Parlament kann die Regierung wirksam kontrollieren. Wie hier der Nachholbedarf in NRW behoben werden kann, darüber hörte der Hauptausschuss drei Hochschulprofessoren an.

In zweiter und dritter Lesung hat der Landtag den Haushalt für das kommende Jahr verabschiedet. So sehr sich die Opposition ins Zeug legte – ihre 80 Änderungsvorschläge fanden allesamt keine Mehrheit.

Im Haushalts- und Finanzausschuss hat Finanzminister Linssen die Lösung für die in Turbulenzen geratene Westdeutsche Landesbank vorgestellt. Wichtigster Punkt: Die Hessische Landesbank soll einsteigen.

Welche bedeutenden Gesetze verabschiedet worden sind und was sich sonst noch Wichtiges im ablaufenden Jahr im Landesparlament getan hat, das zeigt der Jahresrückblick auf: 2007 im Zeitraffer.



Unter Dach und Fach: Landesetat 2008

Inhalt

Inhalt/Kommentar	2
Heilmittel oder Placebo?	3
<i>Hauptausschuss debattiert über mehr Informationsrechte des Landtags</i>	
Redeschlacht um Milliarden	4-9
<i>Kontroverse Diskussion über die Finanzen des Landes</i>	
„Feuerwerk“ oder „Murks“?	10-11
<i>Regierungslager und Opposition in der dritten Lesung des Etats</i>	
Alarmierende Prognosen	12
<i>Pestel-Gutachten zur Wohnsituation im Jahr 2025</i>	
„Fusion auf Augenhöhe“	13
<i>Zukunft der WestLB erneut Thema im Finanzausschuss</i>	
Aus den Fraktionen	14-15
KiBiz, Kohle & Co.	16-17
<i>„Landtag intern“ blickt zurück auf ein Jahr Parlamentsarbeit</i>	
Aktuelles aus den Ausschüssen	18
Porträt: Renate Hendricks (SPD)	19
FCL: Turnier im Norden	19
Impressum	19
Geburtstage und Personalien	20

Das Königsrecht des Parlaments

Das Etatrecht, so stand es früher in den Schulbüchern, ist das „Königsrecht“ des Parlaments. Die gewählten Abgeordneten sind es, die der Regierung das Geld in die Hand geben, damit sie ihre politischen Schwerpunkte umsetzen und so „regieren“ kann.

Drei Lesungen bedarf es, um ein Haushaltsgesetz zu verabschieden. Drei Lesungen – das gibt es sonst nur bei Staatsverträgen oder bei Verfassungsänderungen. Die Regierungskoalition stärkt dabei ihrer Ministerriege den Rücken, die Opposition übt Kritik und legt ihre Gegenvorschläge auf den Tisch.

Dass die Alternativen, die unterbreitet werden, in den seltensten Fällen zur Geltung kommen, liegt an der Mehrheit, die die letzte Wahl geschaffen hat. Die Änderungsanträge zum Landeshaushalt mögen in den Augen der Opposition noch so gut begründet sein – sie werden nach der Erörterung in der Regel niedergestimmt.

Das ist wahrlich kein Erfolgserlebnis, schon gar nicht auf Dauer. Der Frust darüber kann im Lauf der Jahre so groß werden, dass man auf Änderungsanträge von vornherein verzichtet („Hat ja doch alles keinen Zweck“) oder dass sich eine Oppositionsfraktion, wie das in der Vergangenheit im Landtag passiert ist, für eine Runde aus der Haushaltsdebatte ausklinkt.

HÖHEPUNKT

Keine Rede ist auch mehr von einem anderen Haushaltsexperiment, dem Doppelhaushalt. Den legte Rot-Grün für die Jahre 2004 und 2005 vor. Das hat sich nicht bewährt, schon gar nicht aus der Sicht des Parlaments. Konjunktur, Entwicklung der Arbeitslosigkeit, Wirtschaftsdaten, Steuerschätzung, Zinsentwicklung, Lohnabschlüsse, Inflationsrate, globale Faktoren – das kann kein Fachmann seriös für zwei Jahre vorhersagen. Wenn nachgesteuert werden muss, dann dreht in erster Linie der Finanzminister an den Stellrädern – die Legislative, das Parlament, hat im Zweifelsfall wenig Einfluss.

Und irgendwie hat beim Doppelhaushalt auch etwas gefehlt. Die regelmässig wiederkehrende Auseinandersetzung über die Finanzen des Landes unterblieb in einem Jahr. Dem parlamentarischen Ablauf fehlte der Höhepunkt, es mangelte an Farbe und Würze. Davon kann diesmal keine Rede sein. Es ist Halbzeit im Landtag. Die Köche der beiden Lager arbeiten mit Blick auf den kommenden Wahltermin an ihrem Speisezetteln für 2010. Fad wird er nicht werden, soviel ist nach drei Haushaltslesungen sicher. JK

Frohe Weihnacht und alles Gute zum neuen Jahr!

Als Herausgeberin der Parlamentszeitschrift „Landtag intern“ wünsche ich, auch im Namen des gesamten Landtags, allen Leserinnen und Lesern friedliche und fröhliche Feiertage.

Gerade in einer Welt, die von Armut, Hunger, Krieg, Terror und Katastrophen bedroht ist, geben ruhige Festtage Zeit und Anlass zu Besinnung und Hoffnung. Ein Symbol dieser Hoffnung ist das Friedenslicht aus Bethlehem, das zu Weihnachten junge Pfadfinderinnen und Pfadfinder in den Landtag gebracht haben. Es wirbt für Völkerverständigung über alle religiösen Grenzen hinweg.

Tragen wir alle dazu bei, dass Frieden herrscht – bei uns zuhause und in der Welt. Das ist mein Wunsch für 2008.

Regina van Dinther

Regina van Dinther
Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen





Ausschussvorsitzender mit Experten: Die Professoren Schwartz, Gusy und Morlok (v.l.) mit Werner Jostmeier (2.v.r.). Foto: Schälte

Heilmittel oder Placebo?

Hauptausschuss debattiert über mehr Informationsrechte des Landtags

Ist es einem gewählten Landtagsabgeordneten zuzumuten, unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz vor Gericht zu ziehen, um die Landesregierung zu Auskünften zu zwingen? Der eine Sachverständige fand das „unerträglich“, der andere sah es, unter lebhaftem Widerspruch aus dem Oppositionslager, durchaus als zumutbar an, dass ein gewähltes Mitglied des nordrhein-westfälischen Parlaments wie ein normaler Staatsbürger Klage vor einem Verwaltungsgericht erhebt.

Parlamentsinformationsrechte“ – unter dieser abstrakten Überschrift stand die Anhörung des Hauptausschusses am 13. Dezember. Drei Experten waren geladen. Mit ihrem juristischen Sachverstand sollten sie darlegen, wie der Informationsfluss zwischen Parlament und Regierung zu gestalten ist, damit das Parlament seine ureigene Aufgabe, die Kontrolle der Regierung, erfüllen kann. „Ein ausgesprochen spannendes Thema“, fand am Ende Hauptausschussvorsitzender Werner Jostmeier (CDU) und dankte für die „sehr interessante Diskussion“.

Interessant wurde die Debatte im Ausschuss spätestens in dem Moment, als ein Fallbeispiel aus jüngster Zeit zur Sprache kam, die Verwendung der EU-Agrarsubventionen in NRW. Parlamentarier, die über die Empfänger der Zahlungen Informationen von der Regierung forderten, fanden sich mit ihrem Anliegen abgewiesen: Keine Auskunft, beschied das Ministerium. Dass dasselbe Ministerium in der Folge dann eine umfangreiche Liste mit Namen und Beträgen veröffentlichte, war einem Journalisten zu verdanken, der sich auf seine Rechte aus dem Informationsfreiheitsgesetz des Landes berief, vor Gericht klagte und gewann. Einige Abgeordnete fassten sich an den Kopf: Die Medien dürften etwas in Erfahrung bringen – und wir nicht?

Letztlich geht es um die Frage: Bekommt das Parlament von der Regierung die Informa-

tionen, die es braucht, um seine Kontrollaufgabe über die Zweite Gewalt erfüllen zu können? Und: Wie sollen die Informationsrechte niedergelegt werden – als Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung, wie dies in Vergangenheit hierzulande schon (ohne zu einem Abschluss zu kommen) versucht worden ist, oder in Form eines Gesetzes? Und wenn eine normative Regelung, dann die Vorschriften in die Landesverfassung schreiben oder sie auf der einfachgesetzlichen Ebene belassen?

NACHHOLBEDARF

In Nordrhein-Westfalen besteht offensichtlich Nachholbedarf. Professor Dr. Christoph Gusy von der Universität Bielefeld erkannte einen Rückstand des Landesrechts „sowohl gegenüber der eigenen Verfassungsrechtsprechung wie auch gegenüber dem Verfassungsrecht anderer Bundesländer“. Der in der Anhörung zur Rede stehende Gesetzentwurf von SPD und Grünen (Drs. 14/1541) wäre geeignet, diesen Zustand zu beenden. Die im Entwurf enthaltenen Vorschläge seien nicht zu beanstanden, auch wenn etwa das geforderte Recht der Akteneinsicht durch die Landtagsausschüsse ein „Novum“ darstelle. Insgesamt jedoch, so Gusy, würde ein solches Gesetz die Prinzipien von Demokratie und Gewaltenteilung „wesentlich stärken und präzisieren“.

Sein Kollege Professor Dr. Martin Morlok, Rechtswissenschaftler an der Universität Düsseldorf, plädierte für die Aufnahme in die Landesverfassung: Dort seien die Bestimmungen über Umfang und Grenzen der besonderen Informationspflichten der Regierung am besten aufgehoben. Diese Verfassungsergänzung sei zu begrüßen, weil sie die Funktionsfähigkeit des Parlaments steigere. Sie Sorge außerdem für Klarstellung und Absicherung.

Skeptisch zur Verfassungsänderung, wie das der Gesetzentwurf nahelegt, äußerte sich der dritte Experte, Professor Dr. Kyrill-Alexander Schwartz aus Dinkelsbühl: Ob der Landtag wirklich so schwach sei, dass er eines solchen Instruments bedürfe, fragte er und hielt im Übrigen nichts davon, den vielbeklagten Verlust an Kompetenzen der Landesparlamente durch mehr Kontrollrechte zu kompensieren. Auch die Rechte des Informationsfreiheitsgesetzes gälten nicht grenzenlos, fügte er an, darum sei auch der „Mehrwert“ einer solchen Regelung für Parlamentarier als eher gering einzuschätzen. Sein Votum: Bei allem Reformbedarf zur Stärkung der Länderparlamente – ob die Verfassungsänderung der rechte Weg sei, diesen Bedarf zu stillen, stehe in Frage. Wenn besondere parlamentarische Informationsbefugnisse, dann am ehesten „im Wege der verfassungskonkretisierenden einfachen Gesetzgebung“. Den Weg über eine Verfassungsänderung wertete Schwartz als „volkspädagogisches Placebo“ ab. JK

Redeschlacht um Milliarden

Kontroverse Diskussion über die Finanzen des Landes

In einem zweitägigen Redemarathon hat der Landtag Anfang Dezember dem von der Landesregierung vorgelegten Entwurf für den Haushalt 2008 zugestimmt. Der Etat für das kommende Jahr umfasst ein Volumen von rund 51 Milliarden Euro und damit gut eine Milliarde mehr als 2007. Während die Koalition das Land weiterhin mit Erfolg auf dem eingeschlagenen Konsolidierungskurs sah, warf die Opposition dem schwarz-gelben Regierungslager vor, es spare nicht genug. Und wenn gespart werde, dann vor allem bei den Familien und bei der Jugend. Mit 80 Änderungsanträgen versuchten SPD und Grüne sowie der fraktionslose Abgeordnete Rüdiger Sagel den vorgelegten Haushalt zu verändern. Vergeblich: Alle Anträge wurden von der Koalitionsmehrheit abgelehnt, einer sogar in namentlicher Abstimmung. Mit ihm wollten die Grünen den Verkauf von Staatswald stoppen.

INNEN- UND VERWALTUNGSSTRUKTUREREFORM

Dr. Karsten Rudolph (SPD) verstand den Haushaltsentwurf als „Raubbau an der inneren Sicherheit“. Die Sicherheitsbehörden in NRW seien „nur noch bedingt einsatzfähig“, was die Zahl der unaufgeklärten Kriminaltaten beweise.

Theo Kruse (CDU) erklärte, die Konsolidierung der Landesfinanzen habe höchste Priorität. Dennoch komme es nun zu Mehrereinstellungen von Polizeianwärterinnen und Polizeianwärtlern zugunsten der Altersstruktur im Polizeidienst.

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) gab zu Protokoll: „Die innere Sicherheit ist uns sehr wert.“ Für die Arbeit der Polizei seien im kommenden Jahr trotz weiterhin angespannter Haushaltslage rund 2,4 Milliarden Euro vorgesehen.

SPORT

Theo Peschkes (SPD) war sich sicher: „Der Sport führt unter dieser Koalition ein Schattendasein.“ Es gebe keine Konzepte zur Förderung des Nachwuchssports, des Leistungssports und zur Absicherung des Sports im Alltag.

Ewald Groth (GRÜNE) kam zu dem Urteil, die Sportpolitik von Sportminister Wolf und Ministerpräsident Rüttgers sei „ohne jede Konzeption und vor allen Dingen ohne jedes zielgerichtete Engagement für den Sport“.

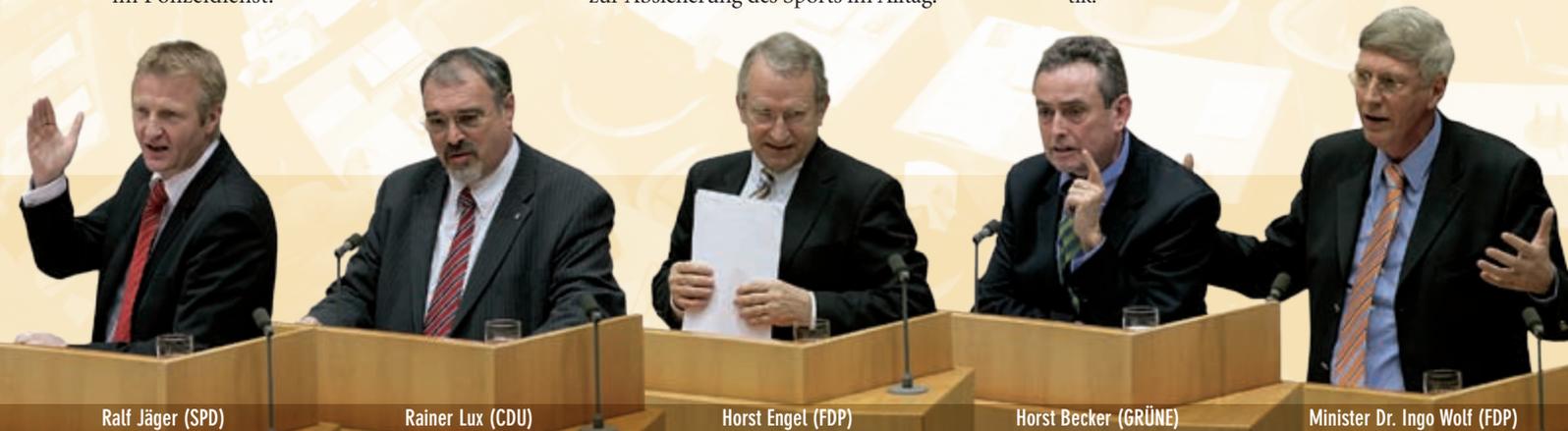
Minister Dr. Ingo Wolf (FDP) tröstete sich: Die substanzlosen Vorwürfe der Opposition gingen allesamt ins Leere. Auch angesichts sinkender Lotterielöse – an denen weide sich geradezu die SPD –: „Wir werden die notwendigen Mittel aufbringen, um zu helfen“.

GEMEINDEFINANZIERUNGSGESETZ

Ralf Jäger (SPD) betonte, die kommunale Finanzsituation werde zunehmend dramatischer. Im Mai 2007 hätten 190 Kommunen ein Haushaltssicherungskonzept vorlegen müssen. Die Landesregierung habe ihnen eine Milliarde Euro entzogen.

Rainer Lux (CDU) erklärte, die Landesregierung halte ihre Finanzierungszusagen an die Kommunen ein. Im nächsten Jahr würden diese 840 Millionen Euro mehr erhalten als zuvor. Dies sei ein Beitrag, um die Haushalte konsolidieren zu können.

Horst Engel (FDP) nannte die Gemeindefinanzierung 2008 „Balsam für finanzschwache Kommunen“. Ende 2006 habe es 113 Kommunen mit Nothaushalt gegeben, im Oktober 2007 noch 104. Das beweise „die Richtigkeit der Finanzpolitik.“



Ralf Jäger (SPD)

Rainer Lux (CDU)

Horst Engel (FDP)

Horst Becker (GRÜNE)

Minister Dr. Ingo Wolf (FDP)

Horst Engel (FDP) sagte, die Landesregierung stelle die Polizei im Land neu auf, indem der Polizeidienst auf seine Kernaufgaben konzentriert werde. Dies, so Engel, geschehe nach dem Credo: „Mehr fahnden, weniger verwalteten.“

Monika Düker (GRÜNE) befürchtete, durch die geplanten Mehreinstellungen bei der Polizei sei langfristig allenfalls ein „Plus-Minus-Spiel“ im Personalbestand zu erreichen. „Mehr Polizisten gibt es also noch lange nicht auf den Straßen“, so Düker.

Holger Müller (CDU) sah es völlig anders: „Dieser Sporthaushalt ist ein gutes Gesamtwerk.“ Wenn die Wetteinnahmen als Mittel zur Sportförderung zurückgingen, dann sei das nicht Schuld der Landesregierung. Dieses System habe Rot-Grün etabliert.

Christof Rasche (FDP) nahm es sportlich: „Mit diesem Haushalt hat der Sport wieder einen deutlichen Sieg eingefahren.“ Mit dem Etat würden die beiden Ziele sehr gut vereinbart, den Sport zu fördern und gleichzeitig den Haushalt zu konsolidieren.

Horst Becker (GRÜNE) warf dem Finanzminister einen „Raubzug durch kommunale Kassen“ vor. Die Landesregierung habe den Kommunen schrittweise Finanzmittel entzogen und ihnen zugleich neue Lasten von 245 Millionen Euro zugeschoben.

Minister Dr. Ingo Wolf (FDP) zeigte sich erfreut, dass die Zahl der Kommunen mit Haushaltssicherung und Nothaushalten seit dem Jahr 2000 erstmals zurückgehe. Nun müsse man diesen Kommunen mehr Handlungsfreiheit ermöglichen.

ALLGEMEINE FINANZVERWALTUNG
UND HAUSHALTSGESETZ

Theo Peschkes (SPD) meinte, die Beschäftigten der Finanzverwaltung würden sich im Stich gelassen fühlen. Die personelle Lage in der Verwaltung verschärfe sich zusehends: „Es wird am falschen Ende gespart.“

Christian Lindner (FDP) wies auf Förderprogramme zur Vernetzung von Akteuren der Familienhilfe hin. So könnten in den Kommunen soziale Frühwarnsysteme mit „deutlich erhöhten Mitteln von 1,5 Millionen Euro implementiert werden.“

Andrea Asch (GRÜNE) erklärte, trotz Rekorderneuerungen schreibe die Landesregierung die finanziellen Kürzungen bei Kindern, Jugendlichen

erfahre deshalb der Etat in Höhe von 14,8 Millionen Euro trotz schwieriger Haushaltslage keinerlei Kürzungen.

INTEGRATION UND EINE-WELT

Angela Tillmann (SPD) merkte kritisch an, dass der Einzelplan für 2008 ohne positive Änderungen



Gerda Kieninger (SPD)

Maria Westerhorstmann (CDU)

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)

Barbara Steffens (GRÜNE)

Minister Armin Laschet (CDU)

Volkmar Klein (CDU) erläuterte, dass der Haushaltsentwurf die richtige Balance zwischen Einsparungen und Investitionen finde. Der Abbau der Neuverschuldung sei „der wichtigste Beitrag, den wir für unsere Kinder leisten können“.

Angela Freimuth (FDP) lobte die „historisch niedrige Nettokreditaufnahme“ für das kommende Jahr. Zugleich fordert sie ein „transparenteres und einfacheres Steuersystem“, das auch der Finanzverwaltung spürbar zugute komme.

Ewald Groth (GRÜNE) kritisierte den „Haushalt der Sünden“. CDU und FDP hätten den Schuldenberg auf 118 Milliarden Euro erhöht, obwohl die Steuereinnahmen mit 41,5 Milliarden Euro auf dem höchsten Niveau aller Zeiten lägen.

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) erklärte, die Finanzverwaltung erbringe den schon von Rot-Grün geforderten Beitrag zum Personalabbau. Der Stellenbestand in der Verwaltung sinke deshalb ab Januar 2008 um 1,3 Prozent.

und Familien fort. Sie befürchte unter anderem eine Unterfinanzierung von Familienzentren.

Minister Armin Laschet (CDU) unterstrich „erhebliche Steigerungen“ in der finanziellen Förderung von Kindern und Jugendlichen. Insgesamt stelle die Landesregierung über eine Milliarde Euro für Kinder in Nordrhein-Westfalen bereit.

aus 2007 übernommen worden sei. „Es nutzt nichts, wenn Sie von der Vielfalt sprechen, die Migranten mitbringen, diese Vielfalt aber nicht fördern.“

Michael Solf (CDU) sagte, in der Integrationspolitik entscheide sich die „Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.“ Der Einzelplan sei vor diesem Hintergrund eine „solide und seriös gerechnete Vorlage“ für weitere Integrationsprojekte.

Christian Lindner (FDP) formulierte den Anspruch: „Wir wollen keine Parallelstrukturen für Einheimische und Zugewanderte.“ Deshalb würden bewährte Förderstrukturen nun so ausgerichtet, dass sie alle Menschen in NRW ansprechen.

Andrea Asch (GRÜNE) beklagte, dass die Eine-Welt-Politik im Haushalt nicht ausreichend berücksichtigt werde. Darunter litten Anstrengungen zu fairem Handel, zur Armutsbekämpfung und zur Bildung in den betroffenen Ländern.

Minister Laschet (CDU) beschrieb die Eine-Welt-Politik als neuen Handlungsschwerpunkt im Jahr 2008. Nordrhein-Westfalen sei ein „internationales Land“ mit vielen Außenwirtschaftsbeziehungen und daher ein wichtiger politischer „Zielgeber“.

FRAUEN

Gerda Kieninger (SPD) konnte in den Haushaltsberatungen „Gleichstellungspolitik kaum noch erkennen“, da die Landesregierung „drastische Einschnitte“ besonders bei dringend notwendigen Beratungsangeboten für Frauen vornehme.

Maria Westerhorstmann (CDU) sah die Landesregierung in der Frauenpolitik „gut aufgestellt“. Durch den weiteren Ausbau der Kinderbetreuungsangebote unterstütze man die für Frauen elementar wichtige Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) begrüßte, „dass mit dem Haushaltsentwurf 2008 im Bereich der Frauenpolitik Kontinuität gewahrt wird und neue Akzente gesetzt werden.“ Politischer Schwerpunkt bleibe die berufliche Gleichstellung von Frauen.

Barbara Steffens (GRÜNE) entgegnete, die Frauenpolitik bleibe im Haushaltsentwurf „auf der Strecke“. Kritisch beurteile sie die Streichung der zweiten Fachkraftstelle in den Frauenhäusern. „Die Auswirkungen sind massiv.“

Minister Armin Laschet (CDU) erklärte, Frauenpolitik sei „alles andere als Politik für Randgruppen oder eine Klientelpolitik.“ Zum zweiten Mal

ARBEIT UND BERUFLICHE WEITERBILDUNG

Rainer Schmeltzer (SPD) warf der Landesregierung vor, Steuermehreinnahmen nicht zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einzusetzen. Man habe keine Programme unabhängig von Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) initiiert.

Norbert Post (CDU) betonte, der Haushalt enthalte Neubewilligungen in Höhe von 135 Millionen

GENERATIONEN UND FAMILIE,
KINDER UND JUGEND

Wolfgang Jörg (SPD) bemängelte, der vorgelegte Haushalt werde den Problemen in der Kinder- und Familienpolitik nicht gerecht. So spare die Landesregierung im kommenden Jahr weitere 20 Millionen Euro in der offenen Jugendarbeit ein.

Marie-Theres Kastner (CDU) hob die haushaltspolitischen Prioritäten für Kinder und Jugendliche hervor. Die Landesregierung stelle 969 Millionen Euro für frühkindliche Bildung zur Verfügung und fördere die Familienhilfe auf anhaltend hohem Niveau.

Euro und konzentriere sich auf klare Programmstrukturen für den Arbeitsmarkt. „Förderung geht nicht mehr mit der Gießkanne.“

Dr. Stefan Romberg (FDP) führte die Ausbildungsförderung von Jugendlichen als politischen Schwerpunkt an. Der Landesregierung sei es gelungen, ihre Programme vor dem Hintergrund sinkender europäischer Förderzuschüsse neu zu strukturieren.

Barbara Steffens (GRÜNE) zeigte sich enttäuscht, dass Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte künftig nicht mehr durch Mittel aus dem ESF unterstützt würden. Sie sprach sich für den Erhalt der Arbeitslosenzentren aus.

zung und Koordinierung der Selbsthilfestrukturen nicht mit Ehrenamtlichen leisten kann.“

Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) versprach im Plenum, die gesundheitliche Prävention weiter zu entwickeln und zu stärken. Für Präventionsmaßnahmen seien im Haushaltsentwurf insgesamt 280.000 Euro an Landesmitteln vorgesehen.

STAATSKANZLEI UND
EUROPAANGELEGENHEITEN

Wolfram Kuschke (SPD) bezeichnete es als „Ungding“, das Land Nordrhein-Westfalen am neuen

KULTUR

Claudia Nell-Paul (SPD) freute sich „auf den ersten Blick“ über einen Zuwachs von 22 Millionen Euro im Einzelplan. Allerdings sehe man im Detail, dass ein Großteil des Geldes allein für den Ausbau der Kunstsammlung K20 bestimmt sei.

Professor Dr. Thomas Sternberg (CDU) hob eine Steigerung des Kulturförderetats um 15,3 Millionen Euro auf insgesamt 154 Millionen Euro hervor. Sein Fazit zum Entwurf: „In Nordrhein-Westfalen ist Kulturpolitik wieder ein wichtiges Feld.“



Wolfram Kuschke (SPD)

Ilka von Boeselager (CDU)

Dietmar Brockes (FDP)

Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Europaminister Andreas Krautscheid (CDU)

Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) erklärte, sich besonders stark für die Ausbildungschancen junger Menschen einzusetzen. Der Haushalt stelle 118 Millionen Euro bereit, um erfolgreiche Förderprogramme fortzuführen.

GESUNDHEIT UND SOZIALES

Heike Gebhard (SPD) empfand den Haushaltsentwurf als „gesundheitspolitisch völlig unzureichend.“ Der Gesundheitsminister sende „ein falsches Signal ins Land“, wenn er beispielsweise den Krebsberatungsstellen keine Förderung zuspreche.

Oskar Burkert (CDU) erklärte, die Landesregierung sichere die verlässliche Finanzierung der Krankenhäuser und fördere die Gesundheitswirtschaft im Land. Bis zum Jahr 2015 könnten 2.000 neue Arbeitsplätze in diesem Bereich entstehen.

Dr. Stefan Romberg (FDP) verdeutlichte, wie wichtig die Prävention im Gesundheitssektor sei. Zu den geförderten Projekten gehörten beispielsweise Aufklärungskampagnen zu den Folgeschäden von Drogenmissbrauch.

Barbara Steffens (GRÜNE) sprach sich gegen finanzielle Einsparungen im Bereich der Patientenselbsthilfe aus: „Jeder weiß, dass man die Vernet-

Benelux-Staatsvertrag beteiligen zu wollen. Die Proteste aus den Nachbarländern hätten deutlich gemacht, „dass dies kein realistischer Weg ist.“

Ilka von Boeselager (CDU) begründete die finanziellen Erhöhungen im Repräsentationstitel für den Ministerpräsidenten: „Wir wollen, dass unser Ministerpräsident mit Auslandsreisen das Land NRW nach außen repräsentiert.“

Dietmar Brockes (FDP) meinte, Nordrhein-Westfalen habe „alle Gründe, sich in Europa selbstbewusst zu positionieren.“ Die Mittel für Europa und internationale Angelegenheiten würden deshalb um 850.000 Euro aufgestockt. Den Kontakt mit Benelux wünsche sich NRW „je enger, desto besser“. Diese Botschaft sei bei den Partnern angekommen.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, sah die Europapolitik bei der Landesregierung „nur eine sehr untergeordnete Rolle“ spielen. Die Staatskanzlei habe Chancen verpasst, sich auf europäischer Ebene beispielweise an Initiativen zum Klimaschutz zu beteiligen.

Europaminister Andreas Krautscheid (CDU) warf einen Blick auf Pläne des kommenden Jahres, die Partnerschaft zu Frankreich auszuweiten. „Mit großem Aufwand werden wir versuchen, Kultur, Kunst und Menschen aus NRW in Frankreich zu präsentieren.“

Angela Freimuth (FDP) erklärte, die Kulturausgaben flössen schwerpunktmäßig in Projekte zur kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen. Mit dieser Bildung könne man die soziale Kompetenz der jungen Menschen fördern und stärken.

Oliver Keymis (GRÜNE) entdeckte im Entwurf einige „Wermutstropfen“: Bei aller Freude über die Zahlen habe man die „Baustelle, dass die Kulturpolitik den Aufwuchs sehr insular erlebt, während wir im kommunalen Bereich vor Problemen stehen.“

Minister Andreas Krautscheid (CDU) erneuerte das Wahlversprechen, „die Kulturpolitik zu einem Markenzeichen dieser Landesregierung zu machen.“ Mit einer Verdoppelung des Kulturerats setze man dieses Versprechen weiterhin um.

MEDIEN

Marc Jan Eumann (SPD) prangerte „kräftige Kürzungen“ im Medientat des Landes an. Zum Beispiel fehlten Impulse der Landesregierung zur Förderung der Filmstiftung NRW und der Lokalradios in Nordrhein-Westfalen.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) rief die Abgeordneten zur einer parteiübergreifenden Medienpolitik auf: „Medienpolitik muss nach Grundsätzen leben,

die auch etwaige Regierungswechsel überdauern.“ Diese Kontinuität gelte es weiterhin zu pflegen.

Ralf Witzel (FDP) sah zahlreiche medienpolitische Fragen auf die Landespolitik zukommen. Dazu gehöre die Frage nach der Ausgestaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Insbesondere die Online-Expansion gelte es zu diskutieren.

Oliver Keymis (GRÜNE) beklagte: „In Nordrhein-Westfalen gibt es kaum noch Medienpolitik.“ So kürze die Landesregierung weitere Mittel bei der Filmstiftung, „obwohl es leicht wäre, an dieser Stelle etwas großzügiger zu agieren.“

Minister Andreas Krautscheid (CDU) wehrte sich gegen Vorwürfe, der Medienetat werde zusammengestrichen. Vielmehr habe die Landesregierung ihre Förderstrategie neu ausgerichtet und erstmals ein Mediencluster entworfen.

JUSTIZMINISTERIUM

Frank Sichau (SPD) vermisste finanzwirtschaftliche Begründungen für die Zusammenlegung von Amtsgerichten. Es würden Strukturen zerschlagen, „die gut und richtig sind.“ Das sei eine Konsolidierung „der negativen Art“.

Harald Giebels (CDU) stimmte den Plänen der Landesregierung zu, bis 2010 weitere 740 Haft-

Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) betonte, der Haushalt schaffe den „Spagat zwischen Konsolidierung und Gewährleistung einer leistungsfähigen Justiz.“ Auch die Fortentwicklung des Strafvollzuges bleibe garantiert.

STÄDTEBAU UND WOHNEN

Monika Ruff-Händelkes (SPD) hielt die Wohnungsbaupolitik der Landesregierung für verantwortungslos. Sie reduziere den sozialen Wohnungsbau und gebe keine Antwort auf die Probleme des demographischen Wandels.

Heinz Sahnen (CDU) stelle fest, der Kurs der Koalition in der Wohnungs- und Städtebaupolitik der letzten zwei Jahre sei richtig gewesen. Beide, die Städtebau- und die Wohnungspolitik, müssten seiner Meinung nach stärker vernetzt werden.

Christof Rasche (FDP) fand die Politik in diesem Bereich nach dem Neuanfang ebenfalls „auf einem guten Weg“. Das Wohnungsbauförderungsvolumen von 840 Millionen Euro sei im bundesweiten Vergleich „extrem hoch“.

Horst Becker (GRÜNE) meinte, das Konsolidierungsopfer, das Minister Wittke überproportional im Städtebau und im Wohnungsbau erbringe, müssten letzten Endes die Bürgerinnen und Bürger bezahlen.

Bernd Schulte (CDU) rechnete vor, dass die Mittel für den Landesstraßenbau trotz der Sparzwänge gesteigert worden seien. In der Mitte der Legislaturperiode habe man schon viel erreicht und sei dabei, die Weichen für die Zukunft der Verkehrsträger in NRW erfolgreich zu stellen.

Christof Rasche (FDP) sah ebenfalls diese Wende in der Verkehrspolitik. Schwarz -Gelb stelle wieder den von Rot-Grün jahrelang gelegneten Zusammenhang her zwischen Arbeitsplätzen, Wirtschaft und Wohlstand auf der einen sowie Verkehr, Logistik und Infrastruktur auf der anderen Seite.

Horst Becker (GRÜNE) diagnostizierte das Gegenteil: Wittke sei ein „verkehrspolitischer Geisterfahrer“. Er stoppe den Ausbau der Schiene und sei nicht bereit, wegfällende Bundesmittel durch das Land zu kompensieren. Auch der demographische Wandel sei noch nicht in der Verkehrspolitik angekommen.

Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) erwartete mit der Neuordnung der Förderung im ÖPNV für die Aufgabenträger mehr Gestaltungsspielraum und mehr Effizienz. Trotz Konsolidierung bleibe die Modernisierung des Landes im Blick.

SCHULE UND WEITERBILDUNG

Ute Schäfer (SPD) erkannte im Etat der Schulministerin eine weitere „Lehrerstellenlücke“: Die



Frank Sichau (SPD)

Harald Giebels (CDU)

Dr. Robert Orth (FDP)

Monika Düker (GRÜNE)

Justizministerin
Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU)

plätze im Jugendstrafvollzug schaffen zu wollen. „Dies ist ein wichtiger Bestandteil zur wirksamen Bekämpfung der Jugendkriminalität.“

Dr. Robert Orth (FDP) verwies auf die Städte Düsseldorf und Köln, die jeweils nur ein Amtsgericht hätten. „Was dort klappt, muss auch in Duisburg oder Essen klappen.“ Es gebe keine Argumente gegen die Zusammenlegung von Gerichten.

Monika Düker (GRÜNE) bezweifelte, dass der Haushalt die Funktionsfähigkeit der Justiz stärke. Das Grundrecht der Bürgerinnen und Bürger auf ein zügiges Gerichtsverfahren sei durch finanzielle Sparmaßnahmen in Gefahr.

Städtebauminister Oliver Wittke (CDU) meinte, es liege im Interesse der Mieter, dass im sozialen Wohnungsbau verstärkt Energie gespart werde. Darum werde es im kommenden Jahr eine „Qualitätsoffensive hin zu verstärktem Klimaschutz im Wohnungsneubau und -bestand“ geben.

VERKEHR

Bodo Wißen (SPD) bezifferte den Verlust der Mittel für den Bereich Bauen und Verkehr auf 100 Millionen Euro. Den privaten Bahnen werde der Hahn zugekehrt. „Herr Wittke, Sie sind der einzige Minister, dem der Haushalt gekürzt wird.“

versprochenen 4.000 zusätzlichen Stellen seien mittlerweile halbiert worden. Das müsse zurückgenommen, Kinder aus sozial schwachen Familien unterstützt werden.

Bernhard Recker (CDU) kündigte an, nach Abschluss der Haushaltsberatungen werde es 5.084 zusätzliche Lehrstellen im System geben. Wenn man die 4.180 trotz zurückgehender Schülerzahlen belassenen Stellen dazurechne, komme man sogar auf 9.264 Lehrstellen.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) betonte ebenfalls, der demographische Wandel werde nicht als „Spardose“ genutzt. Es werde für die Bürger wei-

terhin ein Grundangebot gesellschaftlich wichtiger Weiterbildung in gesicherter Qualität geben.

Sigrid Beer (GRÜNE) geißelte das starre Festhalten am gegliederten Schulsystem im Land: Darum komme man auch bei PISA nicht voran. Und sozial benachteiligte Schüler blieben weiter abgehängt.

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) sagte das Gegenteil: „Unsere Schulen im Land werden besser. Darauf können wir alle stolz sein.“ Mit jeweils 88 Millionen Euro habe die Weiterbildung im kommenden und den folgenden beiden Jahren eine verlässliche Planungsgrundlage.

INNOVATION, WISSENSCHAFT
FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE

Karl Schultheis (SPD) qualifizierte den Etat als einen „Haushalt des Etikettenschwindels“. Zum ersten Mal steige er wieder, erreiche aber trotzdem nur das Niveau, das er 2005 unter Rot-Grün schon hatte. Statt Schwerpunkte zu setzen, würden die Mittel so flexibilisiert, „dass sie für alles und jedes genutzt werden können“.

Bodo Löttgen (CDU) freute sich über den Zuwachs von 3,8 Prozent bei den Innovationsförderungsmitteln. Das sei der Beweis, dass sich die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen

betreibe eine Politik „ohne Schwerpunkte und ohne Profil“.

Innovationsminister Professor Dr. Andreas Pinkwart (FDP) legte sich fest: Die Landesregierung erfülle die Garantien des Zukunftspakts mit den Hochschulen „ohne Wenn und Aber“. Die Hochschulen würden 2008 über mehr Mittel verfügen als im Vorjahr und – übrigens – auch mehr als bei Regierungsübernahme. Die Studierenden sollten die Hochschulen drängen, dass ihre Beiträge zweckgebunden und wirksam verwendet würden.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) umschrieb die Realität der Hochschulpolitik nach zweieinhalb Jahren so: Rückzug aus der staatlichen Verantwortung, Studiengebühren mit mehr als zweifelhafter Verwendung, viel zu wenig Studierende und wachsender Akademiker- und Fachkräftemangel.

Ralf Witzel (FDP) wertete die Neuprofilierung des Politikfelds Innovation in NRW als „beispiellos“. Mit einem Weniger an Bürokratie werde in die Zukunft des Landes, in neue Arbeitsplätze und in den Strukturwandel investiert. Die Ausrichtung auf Innovation mit einer Vielzahl an Programmen, vernetzt mit anderen Ressorts und vorangetrieben mit privaten Partnern, sei wichtig für ein Land im Umbruch.

Karl Schultheis (SPD) warf der Regierung vor, sie betreibe eine Bildungspolitik, die das Ziel, dass mehr

UMWELT UND NATURSCHUTZ,
VERBRAUCHERSCHUTZ UND
LANDWIRTSCHAFT

Svenja Schulze (SPD) urteilte, die Regierung senke die Standards im Verbraucherschutz und in der Umweltpolitik. Antworten auf Zukunftsfragen würden nicht gegeben. Das Ehrenamt im Naturschutz werde „mit Füßen getreten“.

Marie-Luise Fasse (CDU) machte auf die Schwerpunkte aufmerksam, die man gesetzt und mit denen man Verbesserungen erreicht habe. Im Umweltschutz gelte das Motto: „Qualität vor Quantität und Stärken stärken“. Man sei verlässlicher Partner des ehrenamtlichen Naturschutzes.

Holger Ellerbrock (FDP) meinte, ähnlich wie beim Naturschutz solle es auch für den Verbraucherschutz im Land eine verlässliche Kalkulationsgrundlage geben. Darum werde es eine Vereinbarung zwischen Regierung und Verbraucherzentrale geben.

Johannes Remmel (GRÜNE) sah für Verbraucher- und Naturschutz nichts Positives darin, auf geradezu niedrigstem Niveau einen Standard abzusichern“. Das sei so, als werde einem, dem das Wasser bis zum Hals stünde, gesagt: „Diesen Zustand halten wir noch bis zum Ende der Legislaturperiode“.



dem hohen Tempo der „Hochgeschwindigkeitsglobalisierung“ angepasst hätten.

Christian Lindner (FDP) widersprach den Reden von sinkendem Haushaltsmitteln. Der Etat reihe sich ein in die Maßnahmen, „NRW bis zum Jahr 2015 zum Innovationsland Nummer eins zu machen“. Die SPD dagegen zeichne „Horrorszenarien“.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) übte Kritik an den Studiengebühren: Sie versickerten im System, sie seien „Betrug an den Studierenden“ und schreckten Studienwillige ab, hielt sie dem Innovationsminister vor. Der Innovationsminister

junge Leute studieren, ins Gegenteil verkehre. Und die angeblich neuen Instrumente in der Innovationspolitik gebe es schon seit vielen Jahren in NRW.

Sigrid Beer (GRÜNE) forderte den Minister auf, zu seinem Vorschlag einer Regionalschule zu stehen. Das gegliederte Schulsystem bringe frühe Selektion und führe zu einem „Sozial-Abhängigwerden“.

Bodo Löttgen (CDU) hielt der Opposition vor, sie habe wenig Vorstellungen darüber, „was positive Faktoren für ein Innovationsklima sind“. Zahlen würden einfach nicht anerkannt, weil sie den Aufwärtstrend in diesem Feld dokumentierten.

Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) war stolz auf seinen Beitrag zur erfolgreichen Haushaltskonsolidierung. Trotzdem könnten 2008 alle notwendigen Maßnahmen finanziert werden. Das sei „mehr als erfreulich“. Aktive Umweltpolitik, nachhaltige Verbraucherschutzpolitik, gute Agrarpolitik und ein guter Ansatz beim Hochwasserschutz – dafür sei der Etat eine gute Grundlage.

Annette Watermann-Krass (SPD) warf der Regierung vor, sie habe die Forstreform durchgesetzt, obwohl nach dem Orkan Kyrill im Forst jede helfende Hand auf Jahre noch gebraucht werde. Sie

sei auch nicht bereit, ihre Landwirtschaftspolitik der Zukunft anzupassen.

Friedhelm Ortgies (CDU) verwies darauf, immer mehr Menschen sähen ein, wie wichtig eine funktionierende Landwirtschaft für das Land sei. Die

die Koalition der Wirtschaft die Freiheiten zurückgegeben habe, die ihr Rot-Grün zuvor genommen hatte.

Reiner Priggen (GRÜNE) befürchtete, aus der „Koalition der Erneuerung“ werde allmählich

Bereich der erneuerbaren Energien. Aber NRW nutze nicht die Chancen seiner Vorreiterrolle.

Energieministerin Christa Thoben (CDU) fand nicht, dass hier „gepennt“ werde. Die Energiewende könne man nicht einfach verordnen.



Thomas Eiskirch (SPD)

Lutz Lienenkämper (CDU)

Dietmar Brockes (FDP)

Reiner Priggen (GRÜNE)

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU)

Preise hätten sich positiv entwickelt, der unsinnige Zwang zur Flächenstilllegung sei abgeschafft. „Wir brauchen die Landwirtschaft zum Leben“, stellte er fest.

Holger Ellerbrock (FDP) hatte kein Verständnis für die Klage der SPD über die Situation beim Landesbetrieb Wald und Holz. Den habe Rot-Grün gegründet und diesen „Trümmerhaufen“ habe Schwarz-Gelb übernehmen müssen, um daraus etwas Vernünftiges zu machen.

Johannes Rimmel (GRÜNE) kündigte an, seine Fraktion bestehe auf einer namentlichen Abstimmung über ihren Antrag zum Verkauf von Staatswald, um dadurch 30 Millionen Euro zu Erlösen.

Gisela Walsken (SPD) bezeichnete es als unseriös, Wald zu verkaufen, um das Geld zur Haushaltskonsolidierung zu verwenden.

WIRTSCHAFT UND MITTELSTAND

Thomas Eiskirch (SPD) meinte, die Wirtschaftsministerin habe „Glück“: Angesichts der guten Konjunktur fielen ihre Versäumnisse nicht so stark auf. Insgesamt hätten das Land und die Menschen die „mutlose, ideenlose und perspektivlose“ Wirtschaftspolitik nicht verdient.

Lutz Lienenkämper (CDU) konterte: Diese Kritik sei „haltlos, strategielos und maßlos“. Das Wirtschaftswachstum sei inzwischen größer als unter Rot-Grün, Schwarz-Gelb habe dafür die Rahmenbedingungen geschaffen.

Dietmar Brockes (FDP) sagte, dass NRW wieder zu einem Land mit neuen Stärken und Chancen geworden sei, habe damit zu tun, dass

eine „Koalition des Weihrauchs“. Der Aufschwung geschehe bundesweit; zu sagen, Schwarz-Gelb in NRW habe das durch seine Rahmenbedingungen geschafft, sei „ein bisschen übertrieben“.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) erwähnte, 50 Prozent ihres Haushalts machten immer noch die Steinkohlenbeihilfen aus. „Stolz sind wir allerdings auf die Mittelstandspakete und auf nachweisbare Schritte zum Bürokratieabbau“. Man habe Zuständigkeiten auf die Selbstverwaltung zurückübertragen.

ENERGIE

Uwe Leuchtenberg (SPD) vermisste eine zukunftsgerichtete Energiepolitik bei der Koalition. Massive Kürzungen bei der erneuerbaren Energie und trotz der Einsparungen bei der Kohle sei es nicht sichtbar, wie die Mittel für die versprochene nachhaltige Umgestaltung der Energieversorgung eingesetzt werden.

Christian Weisbrich (CDU) erläuterte, das Geld sei weg, das Land wegen der hohen Steinkohlensubventionierung „ausgeblutet“. Darum seien auch zur Förderung regenerativer Energie einfach nicht mehr Mittel aufzuwenden.

Dietmar Brockes (FDP) nannte „Preisgünstigkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit“ als gleichrangige Ziele liberaler Energiepolitik. Die deutsche Vorreiterrolle beim Klimaschutz dürfe nicht zum „industriellen Exodus“ führen.

Reiner Priggen (GRÜNE) vermisste bei den Koalitionsfraktionen „positive Akzente“ in Sachen Klimaschutz. Die Entwicklung gehe klar in den

Um etwa ein 800-KW-Braunkohlekraftwerk durch nachwachsende Rohstoffe zu ersetzen, müsste ein Zehntel der Landesfläche mit Mais bepflanzt werden.

LANDESPLANUNG

Professor Dr. Gerd Bollermann (SPD) fand, für die Landesplanung sei auch 2008 nichts zu erwarten: Bei einer sachgerechten und modernen Landesplanung für das hoch industrialisierte und dicht besiedelte Land herrsche „Fehlzanzeige“.

Josef Hovenjürgen (CDU) sah dagegen ein „schlüssiges und rundes Konzept“. In der Landesplanung sei schon einiges auf den Weg gebracht worden. Doppelregelungen seien abgeschafft und die Planung neu ausgerichtet worden.

Holger Ellerbrock (FDP) regte an, für wichtige Infrastrukturmaßnahmen ein neues Instrumentarium von der Flächensicherung bis zur Inbetriebnahme zu schaffen. Diese Projekte stünden nicht im Belieben eines Gemeinderats oder einer Bürgerinitiative.

Reiner Priggen (GRÜNE) wandte sich gegen den unverändert zu hohen Freiflächenverbrauch. Er forderte von der Landesregierung Instrumente, um diesem „Wildwuchs“ wirkungsvoll zu begegnen.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) teilte mit, für die Landesplanung stehe eine Million Euro im Landeshaushalt, hauptsächlich für externe Gutachten. Die Ministerin kündigte im Sinne von „Deregulierung und Bürokratieabbau“ die Novellierung des Landesplanungsgesetzes an. ■

„Feuerwerk“ oder „Murks“?

Regierungslager und Opposition in der dritten Lesung des Etats

„Ring frei zur letzten Runde“ hieß es in der Debatte um den Landeshaushalt für das Jahr 2008. Kurz vor Weihnachten traten in der dritten Lesung die Spitzen von Koalition, Opposition und Regierung an, um ihre politischen Absichten und ihre politischen Gegenvorstellungen zu formulieren. Die Argumente zu den Einzeletats und ihren Positionen waren in den beiden Lesungen zuvor ausgetauscht worden, jetzt ging es um die große Linie - und darum, wem es am besten gelingt, die öffentliche Meinung auf seine Seite zu ziehen.

Hannelore Kraft, SPD-Fraktionsvorsitzende, kam am Schluss ihrer Rede zu dem Urteil: Der Haushalt des kommenden Jahres zeige keine solide und verlässliche Politik, „das ist und bleibt Regierungsmurks, das ist Pusch am Land“. Der Ministerpräsident habe zu Beginn seiner Regierung ein „großes Regierungsfeuerwerk“ angekündigt. Gehalten habe Rüttgers wenig. „Ihr Motto bleibt: versprochen – gebrochen“. Die Ernüchterung sei inzwischen überall im Land eingezogen. Spätestens mit diesem Haushalt wüssten die Menschen, „dass Ihre vermeintliche Kernkompetenz, der gewissenhafte Umgang mit dem Geld der Steuerzahler, nur Effekthascherei und Wahlkampfretorik war“. Die Defizite seien offenbar. In der Bildungspolitik werde nicht die beste Bildung für alle geboten. Bei Innovation und bei wirtschaftlichem Fortschritt lasse die Regierung Ideen und Impulse vermissen. Der vom Staat geforderte Ausgleich der Fliehkräfte im sozialen Zusammenleben bleibe aus. Hier habe die SPD klare Vorstellungen. Die Regierung verfüge dagegen nur über die „Rezepte von gestern“, fand Kraft und fuhr fort: „Es bleibt dabei: Wir sind das Original, Sie sind die Kopie, wenn es um die Balance von sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlichem Fortschritt geht“. Nach dem Urteil von Münster, das die Landesregierung zur Zurückzahlung an die Gemeinden verurteilt habe – es sei im Übrigen das zweite Mal, dass Finanzminister Linsen vom höchsten Gericht einen Verfassungsverstoß seines Haushalt bescheinigt bekommen habe – denke die Regierung schon jetzt darüber nach, wie sie den Kommunen die 1,6 Milliarden Euro, die sie in diesem und den folgenden Jahren aus Düsseldorf zu erwarten hätten, an anderer Stelle wieder abknöpfen könne. Das sei ein „Skandal“. Der Haushalt 2008 sei jedenfalls das Papier nicht wert, auf dem er gedruckt sei.

Helmut Stahl, CDU-Fraktionsvorsitzender, vermisste bei den Sozialdemokraten ein politisches Konzept. Stattdessen würden Vorschläge vorgelegt, die mit „Luftbuchungen“ gegenfinanziert werden sollten. Die Koalition und Landesregierung mit Jürgen Rüttgers an der Spitze gestalten und veränderten das Land, um es und seine Bürgerinnen und Bürger an die Spitze in Europa zu bringen: „Das passt Ihnen nicht“, hielt er der

Oppositionssprecherin vor. Das versprochene Feuerwerk sei tatsächlich gelungen, gab er kontra: Erstmals unter 800.000 Arbeitslose, der Zuwachs beim Bruttoinlandsprodukt in NRW höher als im Bund, 2,2 Prozent mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse und in einem Jahr mehr als 20-mal so viel Mittel für den Bau von Straßen als unter Rot-Grün. Das sei Aufbruch, Investition in die Zukunft. Wie „Mehltau“ habe der von Rot-Grün verursachte Investitionsstau das Land überzogen, der sie jetzt überwunden. Rot-Grün habe zu Regierungszeiten versäumt, die Betreuung für die unter Dreijährigen auszubauen, Ergebnis: Platz nur für jedes 35. Kind. 2010 gebe es in dieser Gruppe



Hannelore Kraft (SPD)

eine Betreuungsmöglichkeit für jedes vierte oder fünfte Kind. „Sie haben versagt, uns einen Riesenschuldenberg hinterlassen, den wir jetzt dabei sind abzubauen“, stellte der Fraktionsvorsitzende fest und erteilte den Bemühungen der SPD eine Absage, „die Koalition in einen Schulkampf zu zwingen“. In der Schulpolitik setze die Union auf Qualität und Evolution. Die SPD dagegen wolle Schulen abschaffen und Schilder austauschen, auf denen dann „Einheitsschule“ stehe. Wie bei der Steinkohle sei man auch hier „von gestern“. Stahl zum Schluss: „Nordrhein-Westfalen ist das Land der Zukunft mit diesem Ministerpräsidenten. Glückauf und ein gutes neues Jahr“.

Die Konfrontation:
Jürgen Rüttgers (CDU) und
Hannelore Kraft (SPD)

Fotos: Schälte

Dr. Gerhard Papke, Vorsitzender der FDP-Fraktion, zog ein positives Fazit gelb-schwarzer Politik: Zum dritten Mal in Folge sei es gelungen, die Nettokreditaufnahme zu reduzieren. „2006 sind wir mit 3,2 Milliarden Euro gestartet, 2007 sind 2,3 Milliarden Euro veranschlagt und für das nächste Jahr haben wir die Nettoneuverschuldung auf 1,77 Milliarden Euro gesenkt“, so Papke. Damit erreiche die Nettoneuverschuldung des Landes den niedrigsten Stand seit 30 Jahren. Rot-Grün hingegen habe in den letzten drei Jahren der Regierungszeit 20 Milliarden Euro neue Schulden gemacht. Offenbar lebe die Kollegin Kraft in einem „politischen Paralleluniversum“, wenn sie vor dem Hintergrund dieser Zahlen der Landesregierung Unseriosität bei der Haushaltspolitik vorwerfe. Und auch mit Blick auf den Haushalt 2008 beantrage die Opposition Mehrausgaben in Höhe von 400 bis 500 Millionen Euro, ohne eine entsprechende Gegenfinanzierung benennen zu können, so der Fraktionschef. Vorrangiges Ziel der jetzigen Regierung sei es, den „Verschuldungsirrsinn

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, bezeichnete den Haushalt als „ernüchternd, handwerklich miserabel, finanzpolitisch enttäuschend und in seiner Wirkung unsozial und ökologisch fatal“. Die selbst ernannte „Koalition der Erneuerung“ sei zur „Koalition der Ernüchterung“ verkommen. Die Landesregierung habe ihr Versprechen gebrochen, den Haushalt zu konsolidieren, Schulden abzubauen und Ausgaben zu minimieren. „Diese Landesregierung türmt Rekordschulden auf, macht Rekordausgaben – und das alles trotz Rekordeinnahmen“, so die Grünen-Chefin. An die Adresse des Finanzministers gerichtet sagte sie: „Hinter der Fassade des bürgerlichen, ehrlichen Kaufmanns sind Sie ein ganz gewöhnlicher Schuldenmacher!“ Vor dem Hintergrund sei es gut und richtig, dass das Verfassungsgericht in Münster „Ihrem dreisten Versuch, sich auf Kosten der Kommunen zu bereichern, einen Riegel vorgeschoben hat“. Auch der Versuch des Innenministers, sich das Urteil schönzureden, sei nur ein „Beweis für dessen Realitätsverlust“, so Löhrmann

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) betonte, den Menschen in Nordrhein-Westfalen gehe es dank vielfacher Bemühungen der Landesregierung wieder besser. Die Neuverschuldung sinke mit 1,77 Milliarden Euro auf den niedrigsten Stand seit 30 Jahren. Außerdem habe die Zahl der Arbeitslosen mit 782.140 Menschen das niedrigste Niveau seit sechs Jahren erreicht. Mit über 132.000 Verträgen sei zugleich die Zahl der Ausbildungsplätze auf das beste Ergebnis seit 1991 erhöht worden. Den Bürgerinnen und Bürgern dankte Rüttgers für ihren „Beitrag zum Aufschwung“, den sie etwa durch Verzicht auf Lohnerhöhungen geleistet hätten. Deutlich sei die Bereitschaft vieler Unternehmen zu spüren, in Zukunftsbranchen zu investieren. Zu diesem Wandel habe auch der Beschluss zum Ende der Steinkohlesubventionen geführt. „Das Ruhrgebiet ist nicht mehr ein Klotz am Bein der Wirtschaft“, betonte Rüttgers. Nun komme es darauf an, den Anschluss an internationale Märkte auch durch den Ausbau der Infrastruktur zu garantieren. Der Ministerpräsident erklärte, die



Helmut Stahl (CDU)

Dr. Gerhard Papke (FDP)

Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU)

der Vorgängerregierung“ zu beenden. Das sei „oberstes Gebot der Generationengerechtigkeit.“ Mit dem Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau, dem Hochschulfreiheitsgesetz, der Reform der Gemeindeordnung, dem Abbau von Bürokratie und überflüssigen Verwaltungsstrukturen sowie dem Landespersonalvertretungs- und dem Kinderbildungsgesetz habe Gelb-Schwarz „Meilensteine in der Landespolitik“ gesetzt. Papkes Resümee: „Wir haben in diesem Jahr viel zusammen geschafft, und wir werden auch im nächsten Jahr nicht auf Halten spielen, sondern wir werden gemeinsam weiter stürmen.“

weiter. Ihr Zwischenfazit nach zweieinhalb Jahren schwarz-gelber Regierungsverantwortung: Ob Kinderbildungsgesetz, ob Lehrerstellen, ob Studiengebühren – all das biete Anlass zur Ernüchterung. Erwartungsgemäß schlecht auch die Bilanz im Bereich Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz: nichts als „Abbau und Zerschlagung“. Beim Klimaschutz sei der Ministerpräsident „näher bei Georg W. Bush als bei der Kanzlerin“. Löhrmann schloss ihre Rede mit einem Zitat des französischen Philosophen Montaigne: „Jedem kann es mal passieren, dass er Unsinn redet. Schlimm wird es erst, wenn er es feierlich tut.“

Landesregierung werde alles dafür tun, um umweltschonende Kraftwerkstechnologien weiter zu entwickeln. „Klimaschutzregeln dürfen aber nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führen“, stellte er klar. Ein weiteres Ziel sei der Ausbau der Betreuung für unter dreijährige Kinder um 70.000 Plätze bis 2010 und die Einrichtung von über 5.000 neuen Lehrerstellen zum kommenden Schuljahr. Mit Blick auf die jüngste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Hartz IV-Verwaltung sprach sich der Ministerpräsident für eine Kommunalisierung dieser Aufgabe aus. Zuvor müsse jedoch die Mitfinanzierung durch den Bund gewährleistet werden. ■

Alarmierende Prognosen

Pestel-Gutachten zur Wohnsituation im Jahr 2025

Einen Blick in die Zukunft des Landes warfen die Abgeordneten im Ausschuss für Bauen und Verkehr (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD). Sie fragten sich, wie die Menschen in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2025 wohnen werden. Dr. Klaus Peter Möller vom „Eduard Pestel Institut für Systemforschung“ aus Hannover lieferte ihnen mit seinem Gutachten spannende, aber auch alarmierende Prognosen.

Die Kernaussage der Studie: Eine Schere droht das Land zu teilen. Das, so erklärte der Sachverständige Möller, sei die Schere zwischen dem Angebot und der Nachfrage an Wohnungen und Einfamilienhäusern. Das von der Landesregierung in Auftrag gegebene „Pestel-Gutachten“ zeigte den Abgeordneten, wie sich der nordrhein-westfälische Wohnungsmarkt aufgrund der angenommenen Bevölkerungsentwicklung regional extrem ausdifferenziert.

Während etwa im westlichen Münsterland und in der Region Aachen die Wohnungsnachfrage das vorhandene Angebot bis 2025 deutlich übersteigen werde, komme es im zentralen Ruhrgebiet, im Bergischen Land und im Hochsauerlandkreis zu einem sichtbaren Überhang von Wohnungsangeboten gegenüber einer sinkenden Nachfrage. Die Folgen seien spürbare Wohnungsengpässe in den einen und Wohnungsleerstände in den anderen Regionen. Allein Aachen müsste sein Wohnungsangebot in den kommenden Jahren um 18 Prozent erhöhen, um der steigenden Nachfrage bis 2025 gerecht zu werden, erläuterte Möller.

In Städten wie Gelsenkirchen dagegen sei ein „drastischer Leerstand“ von Wohnimmobilien zu befürchten. Betroffen von dieser Entwicklung sei auch der Markt für Einfamilien-

häuser. Rund 20.000 dieser Immobilien würden laut Gutachten bis 2025 in Nordrhein-Westfalen leer stehen. Für Regionen wie Ostwestfalen bedeute diese Prognose nach den Einschätzungen von Möller einen „deutlichen Werteverlust bis hin zum gänzlichen Werteverfall der Immobilien.“ Der Sachverständige betonte daher im Landtag: „Die Wohnungsbaupolitik ist hier dazu aufgerufen, etwas gegen diese Trends zu unternehmen.“

„DORFSTERBEN“

Mit den politischen Konsequenzen setzten sich die Abgeordneten und Bauminister Oliver Wittke (CDU) im Anschluss an die Präsentation intensiv auseinander. „Wir müssen die Erkenntnisse der Studie nun in ganz konkrete Politik umsetzen“, sagte Minister Wittke. Er versprach den Ausschussmitgliedern, Anfang des Jahres einen entsprechenden Bericht mit den geplanten Maßnahmen seines Ministeriums vorzulegen. Dieter Hilser (SPD) zeigte sich beunruhigt darüber, dass in einigen ländlichen Gebieten Nordrhein-Westfalens langfristig ganze Dörfer vom Aussterben bedroht seien. „Wir müssen verhindern, dass diese Dörfer weiter entkernt werden und rundherum neue Wohngebiete entstehen“, sagt er.

In diesem Sinne meinte Heinz Sahnen (CDU), dass sich die vom Bevölkerungsrückgang betroffenen Kommunen zurückhaltender bei der weiteren Ausweisung von Bauland verhalten sollten. Horst Becker (GRÜNE) schlug dem Ausschuss vor, entsprechende Maßnahmen im Umgang mit diesen Kommunen zu entwickeln. Es könne nicht sein, dass sich die Gemeinden weiterhin einen Wettlauf um den Zuzug neuer Bürgerinnen und Bürger lieferten.

Wie Bauminister Wittke weiter ausführte, hätten sich viele Immobilienfirmen bereits auf die anzunehmende Entwicklung der zurückgehenden Nachfrage in vielen Regionen eingestellt. „Die Wohnungsbauunternehmen investieren nicht mehr in Neubauten, sondern in ihren vorhandenen Bestand. Sie machen damit alte Immobilien wieder marktgängig“, so das Regierungsmitglied. Dies führe zu der Aussage: „Die meisten Wohnungen der kommenden Jahre sind bereits gebaut.“ Wittke warnte vor diesem Hintergrund vor einer „falschen Wohnungsbaupolitik mit der Gießkanne“, die nur zu einer Fehlallokation öffentlicher Fördermittel führe. „Wir können einfach nicht alle Sachverhalte der Wohnungsbaupolitik über Förderprogramme regeln. Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen unbedingt auch den nicht geförderten Wohnungsbau.“

Zu diesem Aspekt erklärte Möller, dass es paradoxerweise gerade in den stark nachgefragten Städten und Regionen des Landes schwer sei, Investoren für neue Wohnimmobilien zu finden. Dort sei das knappe Grundstücksangebot derart teuer, dass sich für viele Wohnungsbauunternehmen die Errichtung neuer Wohngebäude selbst bei den aktuell hohen Mietpreisen auch über viele Jahre hinweg nicht rechne. Möller: „Wir bräuchten dort noch einmal Mietsteigerungen um bis zu 50 Prozent, damit die privaten Investoren zurückkehren.“

SW



Neu im Landtag ...

... aber nicht unbekannt: Gabriele Kordowski (CDU, l.) gehörte bereits von 2000 bis 2005 dem Landtag an und ist Anfang des Monats für den Abgeordneten Michael Breuer (CDU) nachgerückt. Breuer war bekanntlich zum Präsidenten des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands gewählt worden und hatte daraufhin sein Mandat niedergelegt. Seit 2005 gehört Oliver Wittke (CDU, r.) als Verkehrsminister dem Kabinett Rüttgers an, zuvor (1995 bis 1999) war er schon einmal im Landtag. Wittke ist für den verstorbenen CDU-Abgeordneten Wolfgang Abbrock in den Landtag gekommen. Landtagspräsidentin Regina van Dinter hat die beiden neuen Landtagsparlamentarier zu Plenarsitzungsbeginn verpflichtet.

Fotos: Schälte



„Fusion auf Augenhöhe“

Zukunft der WestLB erneut Thema im Finanzausschuss

Die Monate währende Debatte über das Für und Wider einer Fusion der krisengeschüttelten WestLB mit der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) scheint vom Tisch. Stattdessen demonstrieren die Anteilseigner der WestLB (Sparkassenverbände, Landschaftsverbände und Land NRW) plötzlich Einigkeit: In einer am 12. Dezember veröffentlichten Zehn-Punkte-Erklärung sprechen sie sich unter anderem für einen Zusammenschluss der WestLB mit der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) aus. Einen Tag später erläuterte Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) dem Haushalts- und Finanzausschuss (Vorsitz Anke Brunn, SPD) Details der Absichtserklärung.

Großes öffentliches Interesse: Schon im Vorfeld der Sitzung musste sich Finanzminister Linssen (L) den Fragen der zahlreichen Medienvertreter stellen. Foto: Schälte

Die Erklärung sei ein eindeutiges Bekenntnis der Anteilseigner zur WestLB und damit zum Finanzplatz NRW, betonte Linssen. In jedem Fall werde man an den „sparkassentypischen Grundprinzipien“ – sprich Gemeinwohlorientierung, öffentlich-rechtliche Rechtsform in kommunaler Trägerschaft und Regionalprinzip – auch künftig festhalten.

In den vergangenen Wochen und Monaten seien alle Optionen hinsichtlich einer bestmöglichen Zukunft der WestLB ergebnisoffen und mit Sorgfalt geprüft worden. Am Ende der Prüfphase stehe nun die Überzeugung, dass eine Neustrukturierung des Geschäftsmodells der WestLB unumgänglich sei. Dies umfasse insbesondere eine Stärkung des Mittelstandsgeschäfts der WestLB und des Produktangebots für das Privatkundengeschäft der Sparkassen („Retailgeschäft“).

Vor allem eine Erweiterung der Zielgruppe auf Kunden mit Jahresumsätzen von mehr als 50 Millionen Euro soll den erhofften Schwung in das Mittelstandsgeschäft der Bank bringen, so der Minister im Ausschuss. Dafür komme sowohl der Erwerb des Mittelstandsgeschäfts der angeschlagenen IKB Deutsche Industriebank oder „eine vergleichbare Akquisition“ in Frage. Auch einer Beteiligung von Finanzinvestoren an der WestLB stehe man offen gegenüber.

Darüber hinaus seien die Eigner bereit, „der WestLB jederzeit eine angemessene wirtschaft-

liche Kapitalausstattung zu gewährleisten“, sagte Linssen. Gleichzeitig ließ er nicht unerwähnt, dass wesentliche Restrukturierungsmaßnahmen in der WestLB notwendig seien, „damit Optimierungspotentiale konsequent verwirklicht werden können“.

STANDORTSORGEN

Den ins Auge gefassten Zusammenschluss von WestLB und Helaba nannte Linssen eine „Fusion auf Augenhöhe“, bei der die Standortinteressen beider Länder gewahrt blieben. Entstehen würde eine der führenden Landesbanken in Deutschland, ein – so der Minister wörtlich – „zukunftsorientiertes Gravitationszentrum“ mit Sitz in Düsseldorf und Frankfurt am Main, das einen „starken Wirtschaftsraum im Zentrum Europas“ abdecke.

„Außerordentlich zufrieden“ äußerte sich SPD-Finanzexpertin Gisela Walsken über das klare Bekenntnis der Eigner, auch künftig an der öffentlich-rechtlichen Struktur der WestLB festhalten zu wollen. Eine Einigung sei längst überfällig gewesen. Sorge bereite ihr hingegen der WestLB-Standort in Münster. Walsken wollte sichergestellt wissen, dass der Standort Münster im Zuge der Fusion mit der Helaba nicht aufgegeben werde. Minister Linssen versuchte zu beruhigen: Er gehe nicht davon aus, dass der Standort Münster im Falle eines Zusammenschlusses in seiner Existenz bedroht sei.

Ewald Groth, finanzpolitischer Sprecher der GRÜNE-Fraktion, bezeichnete den Zehn-Punkte-Plan als „sehr vage“. Der Vortrag des Ministers werfe mehr Fragen auf, als er Antworten gebe. Mit dem Wort „Restrukturierungsmaßnahmen“ assoziiere er unweigerlich Arbeitsplatzabbau. Zudem wies er auf die Gefahren einer möglichen Zusammenführung der WestLB mit der IKB hin: Er verglich die WestLB mit einem „Tanker, der an Fahrt verloren hat“ und die IKB mit einem „Tanker, der die WestLB zusätzlich nach unten ziehen könnte“.

Volkmar Klein, Finanzexperte der CDU, wollte nicht verhehlen, dass jede Fusion auf dem Bankensektor auch Risiken in sich berge. Er zeigte sich jedoch zuversichtlich, dass der jetzt eingeschlagene Weg die WestLB in eine sichere und gute Zukunft führe. „Die jetzt gefundene Lösung wird für ein Stück festen Boden im Sumpf der deutschen Bankenlandschaft sorgen“, so Klein.

Rückendeckung erhielt er von Angela Freimuth, finanzpolitische Sprecherin der Liberalen: Nach den Kontroversen der vergangenen Monate erkenne sie nun endlich Licht am Ende des Tunnels. „Durch die gestern getroffene Vereinbarung haben wir erstmalig ein gutes Fundament und eine zukunftsfähige Perspektive für eine starke WestLB und einen starken Finanzplatz NRW“, sagte die Abgeordnete.

Finanzminister Linssen kündigte an, die Fusionsgespräche mit der Helaba zeitnah aufzunehmen. ax

Scientology ist mit den Grundwerten unserer Verfassung nicht vereinbar



Der Sektenexperte der CDU-Landtagsfraktion, Marc Ratajczak (Foto), hat die Entscheidung der Innenministerkonferenz begrüßt, die Scientology-Sekte stärker zu überwachen und ein Verbot zu prüfen: „Scientology ist eine gefährliche Sekte, die ihre Mitglieder hörig macht, Schwächen ausnutzt und finanziell aussaugt. Scientology will die freiheitlich-demokratische Grundordnung unterwandern und ist deshalb mit den Grundwerten unserer Verfassung nicht vereinbar.“ Sollte bei den Untersuchungen genügend belastbares Material gefunden werden, plädiert Ratajczak für ein rasches Verbotsverfahren: „Wir müssen gerade Kinder und Jugendliche vor den Gefahren von Scientology beschützen. Mit aggressiven Mitteln wirbt Scientology um neue Mitglieder. Mit dubiosen Methoden werden sogar schon Kinder mit dem Gedankengut geimpft. Diesen Machenschaften muss schleunigst ein Riegel vorgeschoben werden.“

Besonders gefährlich sei es, dass zahlreiche Nachhilfeeinrichtungen in Nordrhein-Westfalen Li-

zennehmer der Scientology-Organisation sind. Ratajczak: „Dass es sich bei der Lernhilfe um ein Angebot von Scientology handelt, ist auf den ersten Blick nicht erkennbar. Welche Praktiken dort angewandt werden, stellt sich leider erst später heraus. Der Nachhilfeunterricht besteht aus Schulungen, die sich ausschließlich an den Lernmethoden des Gründers von Scientology, L.R. Hubbard, orientieren. Der dabei aufgebaute persönliche Kontakt zwischen Nachhilfelehrer und Kind ist die große Gefahr. Das Vertrauen wird ausgenutzt um an persönliche Informationen der Kinder zu kommen, Bücher zu verkaufen und um die Notwendigkeit von weiterführenden Therapien einzureden. So gibt es Fälle, bei denen ohne Wissen der Eltern sogar direkt scientologische



Pseudotherapien durchgeführt worden sind.“

Um Kinder vor Scientology zu schützen, fordert die CDU-Landtagsfraktion deswegen ein Gütesiegel für Nachhilfeeinstitute einzuführen. Marc Ratajczak: „Die Institute könnten dabei freiwillig eine Schutzklärung abgeben, in der sie erklären, dass sie nicht mit Scientology in Verbindung stehen und auch nicht die Technik der Dianetik oder andere scientologische Methoden anwenden.

Darüber hinaus sollten sich Eltern generell über Nachhilfeeinrichtungen informieren, etwa über die Sekten-Info oder das Schulministerium. Auch ein Gespräch mit den Kindern über die Einrichtung und deren Arbeitsmethoden hilft oft, um einen eventuellen Verdacht auszukurieren oder zu bestätigen.“

Nordrhein-Westfalen wird sich Ende Dezember bei der Abstimmung im Bundesrat über den Post-Mindestlohn enthalten. Darauf haben sich FDP und CDU in Düsseldorf verständigt. Und mit dieser Haltung ist Stefan Romberg, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion (Foto), sehr zufrieden. Den FDP-Arbeitsmarktexperten freut insbesondere, dass die schwarz-gelbe Koalition in Düsseldorf bei diesem Thema eine gemeinsame inhaltliche Position gefunden hat. Denn aus Sicht der FDP-Fraktion dient die von der schwarz-roten Koalition in Berlin geplante Aufnahme der Brief-Dienstleister in das Entsendegesetz eben nicht, wie häufig fälschlich dargestellt, dazu, sittenwidrige Löhne zu verhindern.

Vielmehr Sorge dieser Vorstoß der Bundesregierung dafür, dass Wettbewerb unterdrückt



werde. Die FDP lehnt die Einführung eines Post-Mindestlohns ausdrücklich ab. „Bei Mindestlöhnen handelt es sich um einen ordnungspolitisch schwerwiegenden Eingriff des Staates in die Tarifautonomie“, erklärt Stefan Romberg. Nach Berechnungen von Wirtschaftsforschungsinstituten könnte die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 7,50 Euro zu einem Verlust von bis zu 1,1 Millionen Arbeitsplätzen im gesamten Bundesgebiet führen. Allein in Nordrhein-Westfalen wären über 200.000 Arbeitsplätze gefährdet. „Deshalb macht die FDP bei einem solchen ordnungspolitischen Unsinn nicht mit.“

Die FDP-Landtagsfraktion hat ihre Position gegen die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne mit einem Beschluss, den sie Anfang Dezember gefasst hat, noch einmal bekräftigt. Darin heißt es: Mindestlöhne führen vor allem

dazu, dass gerade die Arbeitsplätze für gering qualifizierte zu teuer werden. Die Konsequenzen sind die Verlagerung von Arbeitsplätzen in das Ausland, die Abwanderung in die Schwarzarbeit oder die Zunahme der unentgeltlichen Mehrarbeit der Beschäftigten aus Angst um ihren Arbeitsplatz. Auf diese Weise werden auch die Chancen von Langzeitarbeitslosen reduziert, wieder eine Arbeitsstelle zu finden.

Stefan Romberg betont: „Die FDP-Landtagsfraktion setzt sich dafür ein, dass Vollzeitarbeit ein existenzsicherndes Einkommen erlaubt. Wenn jedoch die Produktivität eines Lohnes nicht ausreicht, um das Existenzminimum zu sichern, ist eine staatliche Lohnfestsetzung der falsche Weg.“ Stattdessen sei der Sozialstaat gefordert, ein Mindesteinkommen zu gewährleisten, wie es im liberalen Bürgergeldkonzept vorgesehen ist. „Darüber hinaus brauchen wir ein flexibleres Tarifrecht, damit sich die Löhne an der Produktivität orientieren können. Erforderlich sind Öffnungsklauseln für betriebliche Bündnisse, damit maßgeschneiderte Lösungen vor Ort zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen können.“



Post-Mindestlohn – Wer Vollzeit arbeitet, muss davon auch anständig leben können



Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt die Einführung des bundesweiten Post-Mindestlohns. „Mit der notwendigen Beharrlichkeit und Konsequenz hat sich die SPD beim Post-Mindestlohn gegen die CDU durchgesetzt. Das ist ein sehr gutes Signal für die im Briefdienstleistungsbereich tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie sind künftig in dieser Branche davor geschützt, für Billiglöhne arbeiten zu müssen. Für die SPD ist der Mindestlohn eine Frage der sozialen Gerechtigkeit: Wer Vollzeit arbeitet, muss davon auch anständig leben können“, erklärte die SPD-Fraktionsvorsitzende Hannelore Kraft dazu. Ein politisches Armutszeugnis der CDU sei hingegen der Beschluss der Landesregierung, im Bundesrat dem Mindestlohn in der Postbranche nicht zuzustimmen: „In der CDU/FDP-Landesregierung gibt mit der FDP nur einer den Takt an - und die CDU folgt als Tanzbär den Flötentönen der Liberalen. Bis auf

die Knochen blamiert ist jetzt der Bundesvorsitzende des CDU-Arbeitnehmerflügels und Arbeitsminister Laumann, der den Post-Mindestlohn gefeiert und die Zustimmung von NRW im Bundesrat zugesagt hatte. Ministerpräsident Rüttgers verweigert außerdem Bundeskanzlerin Merkel die Unterstützung, schließlich wurde der Post-Mindestlohn von der Großen Koalition in Berlin gemeinsam beschlossen. Stattdessen lässt sich auch der Ministerpräsident lieber von der FDP vorführen. Damit ist nun wirklich auch jedem klar, dass sich die Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmer nicht auf die NRW-CDU verlassen können, wenn es um faire Löhne und soziale Gerechtigkeit geht.“



Ende November besuchte eine Delegation der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di die SPD-Fraktion, um noch einmal auf die Dringlichkeit eines Post-Mindestlohns hinzuweisen.

53 Engel schmücken grünen Weihnachtsbaum

DIE GRÜNEN —
im Landtag NRW

Die Grüne Fraktion ist richtig in Weihnachtsstimmung. Vor ihrem Fraktionssaal blitzen und blinken zahlreiche Engel, Tannenbäumchen und Sterne im Fraktions-Weihnachtsbaum – selbstgebastelt von 53 Kindern einer Kölner Schule. Auf Einladung der Kölner GRÜNE-Abgeordneten Andrea Asch, Sprecherin für Kinder- und Jugendpolitik, kamen am Nikolaustag die Kinder der Regenbogenschule aus Köln-Dellbrück zum Schmücken.



Mit dem Baumschmuck haben die Kinder den grünen Baum eindeutig zum schönsten im Landtag gemacht. Und damit nicht genug: Mit dem passenden Lied „53 Engel“ (im Original von den Bläck Fööss) bedankten sie sich für die Einladung auf Kölsche Art (was manche Abgeordnete besonders freute). Im Gegenzug gab's für die Kinder Nüsse, Obst, Kekse und kleine Nikolauspräsente.

Der verräterische Adventsduft nach Tanne und Mandarinen lockte auch andere vor den grünen Fraktionssaal. Viele GRÜNE-Abgeordnete um Fraktionschefin Sylvia Löhrmann tummelten sich zwischen den Kindern. Auch Angehörige anderer Fraktionen sollen an den Plätzchentel-

lern verdächtig langsam vorbeigeschlendert sein. Wenn auf diesem Wege ein wenig Grün in die Flure der anderen Fraktionen gelangt ist, ist das ein gutes, vorweihnachtlich-besinnliches Zeichen ...

Und warum Weihnachten überhaupt durch und durch grün ist, ist auch klar: Auf Schnee müssen wir in NRW meistens verzichten. In drei von vier Fällen ist Weihnachten grün, nicht weiß. Und ist Kerzenbeleuchtung nicht relativ klimaschonend? Bei der traditionellen Weihnachtsfeier der Grünen Fraktion am Abend des letzten Plenartages 2007 wird vermutlich wieder viel getanz,

während andere das Jahresende brav auf steifen Stühlen im Restaurant feiern. Die Grüne Fraktion wünscht allen ein fröhliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr und freut sich auf spannende politische Auseinandersetzungen in 2008.

KiBiz, Kohle & Co.

„Landtag intern“ blickt zurück auf ein Jahr Parlamentsarbeit

Für die 187 Abgeordneten sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und der Landtagsverwaltung neigt sich ein ereignisreiches Jahr dem Ende zu. „Landtag intern“ nennt ein paar Schlaglichter:

Januar

Der Landtag verabschiedet den Haushalt 2007: Während die Regierungsfraktionen die Tilgung des Schuldenbergs zum vorrangigen Ziel ihrer Haushaltspolitik erklären, lehnen die Oppositionsfraktionen den Etat als unsozial ab und fordern Umschichtungen.

bergbau Ende 2014 einstellen, 2018 folgt der Bund. Während CDU, FDP und GRÜNE von einer „historischen Stunde für NRW“ sprechen, wirft die SPD der Landesregierung vor, die Tür zu den heimischen Lagerstätten ein für alle Mal zu verschließen.

Der Bericht des Klimarats der Vereinten Nationen zum Klimawandel schreckt die Menschen auch hierzulande auf. Die GRÜNE-Fraktion fordert daraufhin die Landesregierung in einer Aktuelle Stunde auf, darzulegen, wie sie künftig auf die Herausforderungen des Klimaschutzes reagieren wolle.

März

Die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik 2006 – kurz PKS – sorgt für Zündstoff im Landtag: Für den in manchen Bereichen zu verzeichnenden Rückgang von Straftaten und eine gestiegene Aufklärungsquote machen CDU und FDP die Politik der Landesregierung verantwortlich. SPD und GRÜNE teilen diese Einschätzung nicht. Man dürfe sich nicht nur die Rosinen der PKS herauspicken. Schließlich sei die Zahl der Mordfälle um mehr als neun Prozent gestiegen.

Die SPD-Fraktion wagt einen Vorstoß gegen Tabakqualm und bringt einen eigenen Gesetzentwurf zum Passivraucherschutz in den Landtag ein. Dieser sorgt für ein hitziges Wortgefecht. Zentraler Streitpunkt ist die Regelung für Kneipen und Gaststätten. Während die Oppositionsfraktionen auf ein ausnahmsloses Rauchverbot pochen, warnen die Liberalen vor „Überregulierung“.

Nach dem Willen der Landesregierung haben die Wählerinnen und Wähler ab der kommenden Landtagswahl zwei Stimmen – eine für den Wahlkreiskandidaten, die andere für eine Partei. Das bringe „ein Mehr an Demokratie“, sind sich CDU, FDP und GRÜNE einig. Anders sieht das die SPD: Wenn schon ein Mehr an Teilhabe angestrebt werde, warum dann nicht das Wahlalter auf 16 Jahre herabsetzen?

April

So mancher Raucher hofft auf einen Aprielscherz – vergebens: Um die Nichtraucher zu schützen, herrscht im Hohen Haus seit

1. April Rauchverbot. Für diejenigen, die es partout nicht lassen können, werden im Gebäude drei Raucherkabinen aufgestellt, die den Zigarettenrauch absaugen und schädliche Stoffe herausfiltern.

Die krisenerprobte WestLB gerät erneut in die Schlagzeilen: Die Affäre um fehlgeschlagene Aktienspekulationen und Millionenverluste der Bank rufen den Finanzausschuss auf den Plan. In der Hoffnung, neue Details aus erster Hand zu erfahren, lädt der Ausschuss den WestLB-Chef Dr. Thomas Fischer in die Sitzung ein. Ihm und dem gesamten Vorstand werden gravierende Fehler bei der Risikokontrolle vorgeworfen. Drei Monate später wird er aufgrund dieser Fehler entlassen.

Mai

Sechs Monate nach dem Foltermord an einem 20-jährigen Häftling der JVA Siegburg durch drei Mithäftlinge tritt der von der SPD-Fraktion beantragte Parlamentarische Untersuchungsausschuss erstmalig zusammen. Der Ausschuss soll die Umstände, die zum Tod des jungen Mannes führten, sowie die Situation im Strafvollzug im Allgemeinen aufklären.

An den Ergebnissen der Sprachstandserhebungen für Vierjährige scheiden sich die Geister: Ziel der Tests sei es, Kinder mit Sprachdefiziten so früh wie möglich zu fördern, so die Regierung. Die Opposition hingegen erhebt den Vorwurf, ein ganzer Jahrgang von Vierjährigen sei als Versuchskaninchen missbraucht worden. Die Sprachstandserhebung sei weniger ein Sprachtest als viel mehr ein „Stresstest“ für die Kinder.

Das Land plant Personalabbau im öffentlichen Dienst: Rund 12.000 Stellen will die Regierung über ein „Personaleinsatzmanagement“ künftig einsparen. In einer gemeinsamen Anhörung des Haushalts- und des Innenausschusses holt sich der Landtag die Meinungen von Sachverständigen aus NRW, Berlin sowie aus Hessen und Mecklenburg-Vorpommern ein.

Juni

Kurz vor Ferienbeginn bringt die Landesregierung ihren Entwurf eines Kinderbildungsgesetzes in den Landtag ein – vielen besser bekannt als „KiBiz“.



„Giftig“ geht es auch im Umweltausschuss zu: Die geplante Entsorgung von 11.000 Tonnen australischen Giftmülls in Verbrennungsanlagen in NRW sorgt bei Abgeordneten und Öffentlichkeit für Unmut. Allerdings scheinen die Möglichkeiten der Politik begrenzt, solche Müllimporte künftig verhindern zu können.

Mit „Kyrill“ zieht einer der schlimmsten Orkane seit Jahrzehnten durch NRW und hinterlässt eine Spur der Verwüstung. Wenige Tage nach dem Unwetter zieht das Parlament Bilanz. Diese fällt verheerend aus: Sechs Tote, 150 Verletzte, 25 Millionen umgeknickte Bäume – ein Milliarden Schaden. Abgeordnete aller Fraktionen danken den Helfern für ihren selbstlosen Einsatz und fordern schnelle und unbürokratische Hilfe für die Geschädigten.

Februar

Zwei Tage im Zeichen der Steinkohle: Während in Berlin Politiker aus Land und Bund, Gewerkschaft und Unternehmensvertreter zum „Kohlegipfel“ zusammen treffen, debattiert der Landtag unter dem Titel „Neue Chancen für NRW – Ende des Steinkohlenbergbaus in Deutschland“. Einen Tag später stehen die Ergebnisse des Gipfeltreffens fest und der Landtag tritt erneut zu einer Sondersitzung zusammen. Ergebnis des Treffens ins Berlin: NRW wird den subventionierten Steinkohlen-





Kaum ein anderer Gesetzentwurf ruft so kontroverse und langwierige Debatten in und außerhalb des Landtags hervor. Während die Regierung eine grundlegende Reform und Ausweitung des vorschulischen Bildungs- und Betreuungsangebots in Aussicht stellt, spricht die Opposition von einer „Mogelpackung“. Das Gesetz werde den pädagogischen Ansprüchen nicht gerecht und führe zu einer reinen Verwahrung nach dem Motto: sauber, satt, trocken.

Die gemeinsame Sorge um das Klima veranlasst alle Fraktionen im Landtag dazu, Anträge für eine Aktuelle Stunde zu stellen. Bei der Debatte steht eine Frage im Zentrum: Wie vertragen sich die ehrgeizigen Klimaschutzziele der EU mit den Neubauplänen für Braunkohlekraftwerke in NRW? Gar nicht, meinen die Grünen. Die Braunkohlevorkommen seien nun mal einer der wenigen Bodenschätze des Landes, kontert die FDP.

Angst vor Luftverschmutzung ganz andere Art beschäftigt den Landtag wenig später: Der Bau einer 70 Kilometer langen Kohlenmonoxid-Pipeline des Bayer-Konzerns von Dormagen nach Krefeld-Uerdingen bereitet vielen Abgeordneten Bauschmerzen. Bürgerinnen und Bürger fürchten im Unglücks- oder Anschlagfall um ihr Leben. Erste Stimmen nach einem Baustopp werden laut.

Ohne Jugend ist kein Staat zu machen – diesem Grundsatz folgend kommen die Spitzen der Landesparlamente, des Bundestags sowie der österreichischen und des Südtiroler Landtags in Düsseldorf zusammen. Am Ende der dreitägigen Präsidentenkonferenz zieht Gastgeberin Regina van Dinther ein positives Fazit: Mit Aktionen zum Thema „Jugend und Parlament“ wollen die Parlamente das Interesse von jungen Menschen an Politik wecken. Der Landtag NRW geht mit seinen Schulbesuchen mit gutem Beispiel voran.

Juli Sommerpause: Während viele Abgeordnete sich in den Erholungsurlaub verabschieden, werden die Handwerker im Landtagsgebäude aktiv. Die sitzungsfreie Zeit wird für diverse Instandhaltungsarbeiten im und am Haus ge-

nutzt. Unter anderem wird ein Gerüst im Plenarsaal aufgebaut, um die Lichtenanlage zu warten.

August 600.000 Menschen

besuchen bei strahlendem Sonnenschein den „NRW-Tag“ in Paderborn. Erstmals wird der Landesgeburtstag außerhalb der Hauptstadt Düsseldorf gefeiert.

Das Ringen um den Haushalt 2008 wird mit einem heftigen Schlagabtausch bei der ersten Lesung eingeläutet. Während Schwarz-Gelb festhalten zu wollen, lässt Rot-Grün kein gutes Haar an dem Etatentwurf der Landesregierung.

Die „Duisburger Mafiamorde“, bei denen sechs Italiener zwischen 16 und 38 Jahren vor einer Duisburger Pizzeria erschossen werden, beschäftigt wenige Tage später auch den Innenausschuss. In einer Sondersitzung geht der Ausschuss unter anderem folgender Frage nach: Hat es in der Zusammenarbeit zwischen deutscher und italienischer Polizei gehakt und hätte die Bluttat andernfalls verhindert werden können? Das Innenministerium weist diese Vorwürfe als haltlos zurück.

Schule – ein Dauerbrenner im Landtag: Zum einen streiten die Abgeordneten über künftige Schulformen. Während die Koalition am dreigliedrigen Schulsystem festhalten möchte, spricht sich die Opposition für die Gemeinschaftsschule aus. Ein weiterer Streitpunkt ist die von CDU und FDP geforderte Wiedereinführung des Samstagsunterrichts. SPD und GRÜNE lehnen das strikt ab.

September Ein wichtiger Monat aus

Sicht der Koalition: Trotz vehementer Proteste der Oppositionsfraktionen sowie vieler Betroffener verabschiedet der Landtag das Landespersonalvertretungsgesetz sowie die Novelle der Gemeindeordnung – beide erst in dritter Lesung.

Die Festnahme von drei islamistischen Terrorverdächtigen im Sauerland nimmt der Innenminister zum Anlass, den Landtag über die allgemeine Sicherheitslage in NRW zu unterrichten. Dabei weist er Forderungen nach schärferen Anti-Terror-Gesetzen zurück. Politiker aller Fraktionen loben den Einsatz der Sicherheitsbehörden, durch den mögliche Anschläge vereitelt werden konnten.

Oktober Schwere Geburt: Nach

monatlangen Debatten ist der Weg frei für das KiBiz. In dritter Lesung verabschiedet der Landtag das Gesetz mit der Mehrheit der Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und GRÜNE.

Über 300 Zuschauer verfolgen eine Mammut-Anhörung im Umweltausschuss. Thema: erneut die Kohlenmonoxid-Pipeline des Bayer-Konzerns. Trotz sechsstündiger Debatte bleiben die Fronten zwischen den Sachverständigen verhärtet.

Abgeordnete aller Fraktionen reagieren mit harscher Kritik auf die angekündigte Preiserhöhungsrunde der Stromanbieter: Auf Antrag der Grünen berät das Parlament über politische Maßnahmen, die Preisspirale zu stoppen.

November Ein Jahr nach dem Mord in

der JVA Siegburg verabschiedet der Landtag das neue Jugendstrafvollzugsgesetz. Die Koalition verspricht mehr Platz, mehr Bildung und mehr Personal. Die Opposition hat ihre Zweifel und hält den geplanten Neuanfang im Jugendstrafvollzug für verfehlt.

Halbzeitpiff: Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zur Zwischenbilanz seiner Regierungsarbeit zieht einen hitzigen Schlagabtausch zwischen Koalitions- und Oppositionsfraktionen nach sich. Den Menschen im Land gehe es besser, urteilt die eine Seite. Die Regierung habe den falschen Kurs für NRW eingeschlagen, sagt die andere.

Neue Veranstaltungsreihe im Landtag: Unter dem Titel „Debatte im Foyer“ lädt die Hauspitze Talk-Gäste zum Thema „Wie viel Sicherheit verträgt die Freiheit – Rechtsstaat versus Präventionsstaat“ ein. Knapp 300 Gäste folgen der Einladung und diskutieren aktiv mit.

Dezember Erwartungsgemäß hoch her

geht es bei der Debatte zur zweiten Lesung des Haushaltsgesetzes 2008. Endgültig verabschiedet wird es schließlich in dritter Lesung – wenige Tage vor Beginn der Weihnachtspause.

Die Raucher im Land müssen sich künftig warm anziehen: Der Landtag verabschiedet in zweiter Lesung das Gesetz der Landesregierung zur Verbesserung des Nichtraucherschutzes in NRW.



+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horion, ist für den 21. Januar 2008 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter 0211/884-4444 erforderlich.

+++

Gute Nachrichten für die JVA Siegburg: Die seit 1993 praktizierte, gemeinsame Unterbringung von jugendlichen und erwachsenen Gefangenen soll im Frühjahr des kommenden Jahres abgeschafft werden, erklärte Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) im **Rechtsausschuss** (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP). Die Mischbelegung habe sich nicht bewährt. Siegburg soll künftig als reine Jugendhaftanstalt genutzt werden. Aus diesem Grund habe sie angeordnet, die JVA Siegburg ab Frühjahr 2008 von erwachsenen Strafgefangenen vollständig räumen zu lassen. Diese sollen dann auf andere Anstalten wie in Geldern verteilt werden. Im Ausgleich dafür übernimmt die JVA Siegburg bis zum Ende dieses Jahres jugendliche Gefangene aus den Anstalten Heinsberg, Herford und Iserlohn. Pünktlich zum 1. Januar 2008 werde somit sichergestellt, dass in Siegburg sowie in allen anderen Anstalten des geschlossenen Jugendvollzugs in NRW das im neuen Jugendstrafvollzugsgesetz festgeschriebene Verbot der Überbelegung von Hafträumen greife, betonte Müller-Piepenkötter.

+++

Vor dem Hintergrund möglicher Verschwendung von Steuergeldern durch das Zentrum für Türkeistudien erwägen CDU und GRÜNE einen **Parlamentarischen Untersuchungsausschuss** (PUA) einzusetzen. Das äußerten sie jetzt in einer Sondersitzung des Ausschusses für Haushaltskontrolle (Vorsitz Rolf Seel, CDU). Das Zentrum für Türkeistudien wurde in den vergangenen zehn Jahren mit über zwölf Millionen Euro aus der Landeskasse unterstützt. Die Grünen forderten die SPD-Opposition auf, sich einem entsprechenden Antrag auf Einrichtung eines Untersuchungsausschusses

anzuschließen. Die CDU will hingegen erst den Ausgang des laufenden Prüfverfahrens abwarten und sich dann endgültig entscheiden. Ein PUA wird eingesetzt, wenn ein Fünftel der Abgeordneten dies beantragt.

Mit Anzeigen in britischen und deutschen Tageszeitungen hat NRW das Verkaufsverfahren für die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) eröffnet. Interessierte Investoren können sich nun um den Kauf des Unternehmens bewerben, das mit rund 100.000 Wohnungen zu den größten Immobilienkonzernen Deutschlands gehört. Im **Ausschuss für Bauen und Verkehr** (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) informierte nun Minister Oliver Wittke (CDU) die Abgeordneten über den aktuellen Stand der

Ich werd' verrückt!
100.000 Wohnungen...
Startpreis ein Euro!



Illustration: Peter Flock

Dinge. Demnach würden nur diejenigen Bieter in die engere Auswahl geraten, die auch die vom Landeskabinett beschlossene Sozialcharta zum Schutz der Mieterinnen und Mieter akzeptieren. Die Charta sieht unter anderem ein lebenslanges Mietrecht für Personen im Alter von über 60 Jahren und die Begrenzung von Mieterhöhungen vor. Nähere Details zur Charta wollte Wittke dem Ausschuss jedoch nicht darlegen. Die genauen Inhalte seien den interessierten Investoren vorbehalten. Kritik an diesem Verfahren äußerte der Abgeordnete Horst Becker (GRÜNE): „Für mich bietet diese Praxis höchsten Anlass zur Besorgnis, dass von der Sozialcharta am Ende nur sehr wenig übrig bleibt.“

Ist die Kulturhauptstadt in Gefahr? Diese Frage stellte die SPD-Fraktion im **Kulturausschuss** (Vorsitz Dr. Fritz Behrens, SPD). Grund zur Besorgnis gaben Presseberichte der vergangenen Wochen, die Planungen zur Kulturhauptstadt 2010 könnten unter finanziellen Engpässen leiden. „Wir müssen uns fragen, ob die veranschlagten Mittel wirklich ausreichen“, so Claudia Nell-Paul (SPD). Kulturstaatssekretär Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff erläuterte den Abgeordneten daraufhin das weitere Vorgehen der Landesregierung. Demnach wolle man nun zunächst auf die Entwicklung des Gesamtprogramms zur Kulturhauptstadt 2010 warten, um daran eine eventuell notwendige Erhöhung der finanziellen Landesförderung bemessen zu können. „Es kommt auf das Gesamtpaket der Förderung an“, betonte der Staatssekretär und verband damit seine Hoffnung, dass auch die Privatwirtschaft noch stärker das Programm zur Kulturhauptstadt mitfinanziert.

+++

Mit den Gefahren so genannter K.O.-Tropfen beschäftigte sich jetzt der **Ausschuss für Frauenpolitik** (Vorsitz Elke Rühl, CDU). Unter Einfluss dieser Droge (auch „rape-drug“, also Vergewaltigungsdroge genannt) werden hierzulande immer mehr Frauen und Mädchen Opfer von Sexualverbrechen. Die geschmacks- und geruchslose Droge werde den Opfern heimlich in ihr Getränk gemischt, um sie willenlos und sexuell gefügig zu machen. Das tückische an der Droge ist, dass die Frauen meist keine konkrete Erinnerung an Täter, Tathergang oder Tatort haben. Zudem lassen sich die Tropfen

kurzzeitig im Blut nachweisen, da sie sehr schnell wieder abgebaut werden. Ein Beweis ist daher oft nur schwer anzutreten. Nicht selten wachen die Opfer an ihnen unbekanntem Orten auf und wissen nicht, wie sie dort hingelangt sind. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, fordert die GRÜNE-Fraktion (Drs. 14/5019) in einen Antrag, den Zugang zu den betäubenden Substanzen deutlich zu erschweren und mehr Aufklärungsarbeit zu leisten. Die Landesregierung erklärte, jetzt bereits durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit in den Diskotheken, bei den Frauennotrufen, in den Schulen sowie durch Fortbildung bei der Polizei auf das Problem aufmerksam zu machen.

Porträt: Renate Hendricks (SPD)



Das Modewort Powerfrau klingt stark abgegriffen, deshalb charakterisieren wir doch Renate Hendricks besser mit dem guten alten Begriff Energiebündel. Wer die 55-jährige Bonner Abgeordnete, die wie eine Endvierzigerin wirkt, eine knappe Stunde lang erlebt und danach seinen persönlichen Eindruck wiedergibt, für sein Gegenüber dürfte der Tag wohl getrost 25 Stunden haben, erntet ein zweifach fröhliches Nicken: von Frau Hendricks und von deren langjähriger Mitarbeiterin Angelika Dirks.

Renate Hendricks hatte sich einen Namen als Elternsprecherin in Bund und Land gemacht, lange bevor sie 2005 für die SPD in den Landtag gewählt wurde. Bundeselternrat und Hendricks – das gehörte zwei Jahrzehnte lang zusammen wie Bonn und der Rhein. Zur SPD fand die politische Seiteneinsteigerin erst 2004.

Jetzt hat die Oppositions-Fraktion im Landtag eine Bildungs- und Schulfachfrau, die sich in vorderster Front für eines ihrer Kernanliegen stark macht: die Einführung einer Einheits- oder Gemeinschaftsschule. Die verheiratete Mutter von fünf Kindern behauptet, es gebe nicht das nur praktisch begabte und das ausschließlich theoretisch veranlagte Kind, vielmehr stets eine Mischung aus beiden, kurz: Vielfach-Begabungen.

Hendricks, die zum Wahlkampf-Schattenkabinett des SPD-Spitzenkandidaten für die Niedersachsen-Wahl am 27. Januar gehört, bejaht die Frage, ob das Theodor-Fontane Zitat auf ihrer Internet-Seite „Gegen eine Dummheit, die gerade in Mode ist, kommt keine Klugheit an“, auf die neuerliche Schuldebatte pro und contra gegliedertes Schulwesen angewendet werden könne: „Unser derzeitiges Schulsystem genügt weder den Anforderungen an ein sozial gerechtes Bildungssystem, noch ist es sonst optimal für die Jugend.“ Sodann formuliert sie schneidend:

„Wir wollen eine Schule bis zur 10. Klasse für alle. Es gibt in Europa siebzehn Länder, die keine Gemeinschaftsschule haben, sechzehn davon in Deutschland.“

Renate Hendricks, die ein Diplom in Sozialpädagogik und zusätzlich Studienerfahrung in Psychologie besitzt, macht den Eindruck politischer Eingleisigkeit. Ihr politisches Denken und Wollen scheint um das eine Thema zu kreisen: Schule. Indes, was für eine gewaltiges, wichtiges Thema ist das aber doch! Hendricks zitiert einen Lehrer mit diesem Satz: „Jeden Morgen, wenn ich in die Klasse gehe, weiß ich, dass ich der Zukunft unseres Landes gegenüberrete.“

Da Bildung zu Hause anfängt, hat Renate Hendricks auch hier gemeinsam mit ihrem Mann, den sie vor mehr als drei Jahrzehnten in Finnland kennenlernte, ihr Bestes gegeben, immer treu nach Erich Kästners Devise: „Es gibt nichts Gutes, außer: man tut es.“ Die fünf Söhne und Töchter im Alter zwischen 21 und 32 Jahren sind, altmodisch ausgedrückt, wohlgeraten. Alle haben Abitur. Die Jüngste studiert Tourismus und Event-Management, der Älteste ist Geschäftsführer im Telekommunikations-Bereich. Die Zweitälteste hat ihre sympathische Mutter jüngst zur Oma gemacht.

LEBENTHEMA

Immer wieder im Gespräch kommt Hendricks auf ihr politisches Lebensthema Schule/Bildung zurück: Gerhard Schröders unmögliche Lehrer-Schmähung „faule Säcke“ habe sie als unklug empfunden. Pädagogen müssten motiviert und nicht demotiviert werden, wenn man sie für Veränderungen gewinnen wolle. Hendricks hat ein Buch geschrieben. Der Titel klingt teutonisch schwer, man müsste ihn mit Richard-Wagner-Musik unterlegen: „Schicksal Schule.“ An der Stelle versteht sie weder Spaß noch Spott: Schule sei unser Schicksal. Was das Land brauche, seien mehr Menschen, die sich um Kinder kümmern wollen und können.

Noch etwas Privates zum Schluss: Sie ist Vorsitzende eines Trägervereins, der ein Land schulheim in der Eifel betreibt. „Die Stadt Bonn wollte es loswerden, wir haben gesagt, das geht nicht, Kinder aus sozial benachteiligten Familien müssen die Chance bekommen, wenigstens mit ihrer Klasse einmal wegzufahren.“

In der kanadischen Provinz Quebec besitzen die Hendricks ein Haus. Zwei Mal im Jahr reist man hin. Auf die Bemerkung, es gebe kürzere Anreisen zum eigenen Ferienhaus, entgegnet der Kanada- und Skandinavien-Fan: „Fahren Sie mal mit dem Zug nach Cuxhaven, wohin ich neulich musste, das dauert auch so lang wie ein Flug nach Quebec.“

Autor: Reinhold Michels

FCL: Turnier im Norden

Wie schon im Vorjahr ist der FC Landtag mit Erfolg vom Hallenfußballturnier aus Husum zurückgekehrt. Im Verlauf des Turniers blieb der FCL ohne Punktverlust – bei sechs Spielen gegen die Bielefelder Rathauskicker, den beiden Gastgebermannschaften Nordfriesland-Oldie-Team 1 und 2, den „Himmlischen Kickern“, einer Auswahl von Pfarrern aus Schleswig-Holstein, dem Jagdbombergeschwader Husum und dem Flakabwehrraketengeschwader Schleswig-Holstein.

Die Torschützenliste des FCL führten Ibrahim Selinte mit elf und Wolfgang Euteneuer mit 14 Treffern an. Im letzten Jahr war es bekanntlich Euteneuer, der mit 14 Toren den Torjägerpokal in Empfang nehmen konnte.

So hätte dem Turnier Erfolg durch den FCL nichts im Wege gestanden, wenn es nicht die besondere „norddeutsche Regelung“ gegeben hätte: Der Erste der Tabelle spielt um den Turniersieg mit dem Zweiten, also FCL gegen Bielefeld.

Hatte man zuvor noch locker 5:3 gegen die Seidenstädter gewonnen, so konnte nur noch Überheblichkeit ein Bein stellen. Genau das geschah: Der FCL verlor das Finale mit 3:4. Man war fairer zweiter Sieger, respektierte die Niederlage mit derselben Einstellung wie weiland 1966 Deutschland gegen England und feierte mit allen Mannschaften bei norddeutscher Kost und Fröhlichkeit ein rauschendes Fest.

Die Revanche muss noch etwas warten. Die Einladung zum Husumer Turnier 2008 ist schon ausgesprochen. Der FCL wird ihr folgen. ■

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinterh, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Jürgen Knepper (Chefredakteur), Axel Bäumer (Redakteur), Bernd Schälte (Fotoredaktion)

Redaktionelle Mitarbeiterin: Doro Dietsch
Telefon (0211) 884-2304, 884-2545, 884-2309 und 884-2450
Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin. Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 1. bis 23. Januar 2008

1.1. Claudia Nell-Paul (SPD)	54
1.1. Markus Töns (SPD)	44
4.1. Hubert Kleff (CDU)	60
5.1. Helene Hammelrath (SPD)	58
6.1. Günter Garbrecht (SPD)	58
7.1. Christian Lindner (FDP)	29
7.1. Rainer Schmeltzer (SPD)	47
8.1. Hubert Schulte (CDU)	63
10.1. Josef Hovenjürgen (CDU)	45
10.1. Olaf Lehne (CDU)	46
13.1. Volkmar Klein (CDU)	48
18.1. Horst Engel (FDP)	61
19.1. Elisabeth Veldhues (SPD)	59
23.1. Renate Hendricks (SPD)	56

Friedrich Marquardt (SPD), Landtagsabgeordneter von 1966 bis 1975, ist im Alter von 98 Jahren gestorben. Der gebürtige Schlesier vertrat im Landtag den Essener Wahlkreis III. Als Ratsherr der Stadt Essen engagierte er sich in der Lokalpolitik. Ehrenamtlich war er als Landesinnungsmeister in der Radio- und Fernmeldetechniker-Innung tätig.

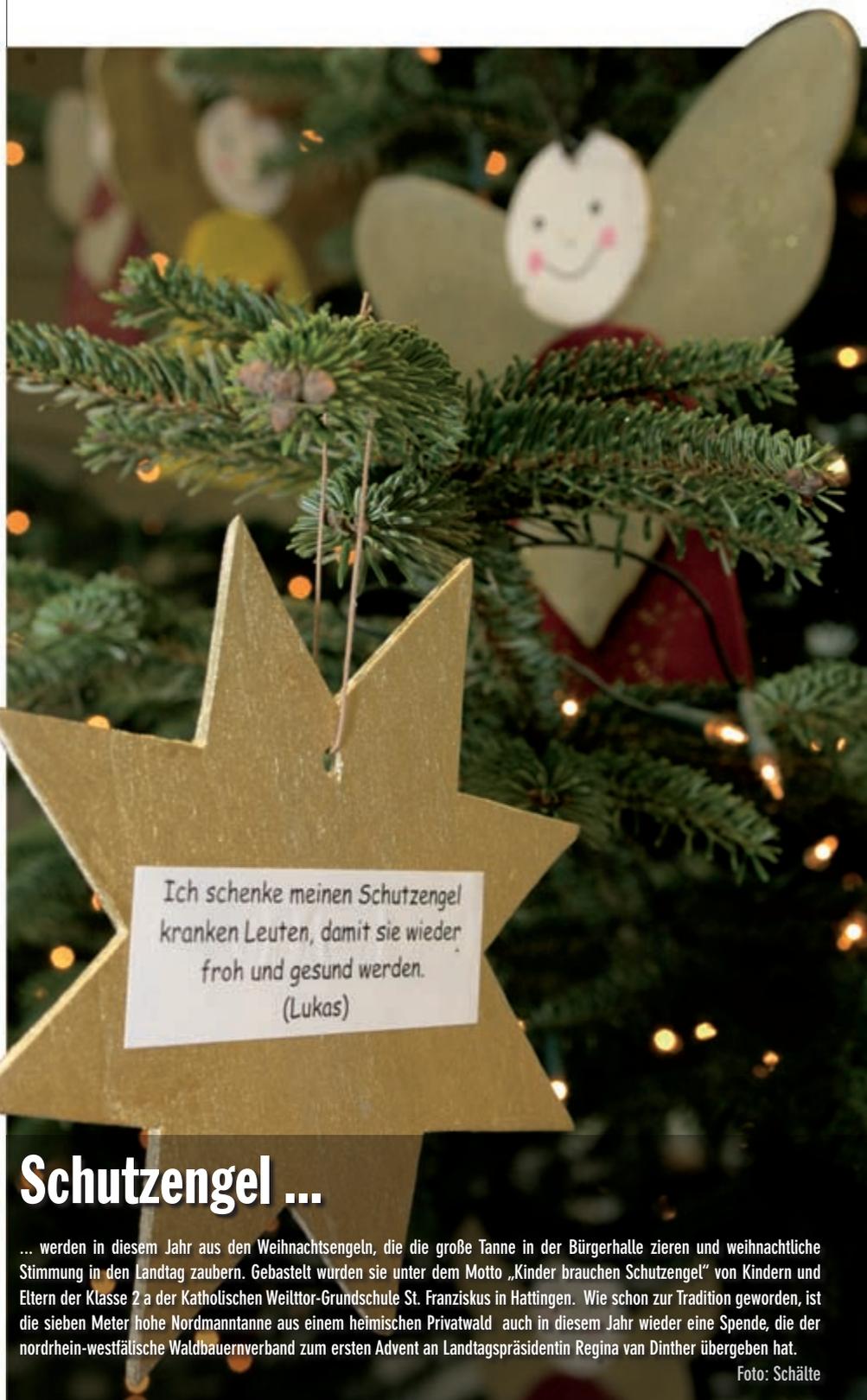
Wolfgang Abbrock, CDU-Landtagsabgeordneter ist im Alter von 55 Jahren einer schweren Krankheit erlegen. Der Abgeordnete wurde 2005 direkt in seinem Herforder Wahlkreis in den Landtag gewählt. Seine Erfahrungen aus der Kommunalpolitik – er gehörte fast 30 Jahre dem Rat seiner Heimatstadt Enger an – brachte er als Mitglied im Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform sowie im Ausschuss für Bauen und Wohnen ein. „Wir alle verlieren einen geschätzten Kollegen, aber auch viele einen guten Freund“, sagte Landtagspräsidentin Regina van Dinther in ihrem Nachruf vor dem Plenum.

Thomas Jarzombek, CDU-Landtagsabgeordneter aus Düsseldorf, ist neuer medienpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. Der 34 Jahre alte Unternehmer aus der IT-Branche löst in dieser Funktion seinen Vorgänger Dr. Michael Brinkmeier (CDU) ab, der sich künftig stärker seinen Themen Wissenschaft und Forschung widmen will.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 20. Dezember 2007 ein: Um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und um 9.15 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Schutzengel ...

... werden in diesem Jahr aus den Weihnachtsengeln, die die große Tanne in der Bürgerhalle zieren und weihnachtliche Stimmung in den Landtag zaubern. Gebastelt wurden sie unter dem Motto „Kinder brauchen Schutzengel“ von Kindern und Eltern der Klasse 2 a der Katholischen Weilttor-Grundschule St. Franziskus in Hattingen. Wie schon zur Tradition geworden, ist die sieben Meter hohe Nordmantanne aus einem heimischen Privatwald auch in diesem Jahr wieder eine Spende, die der nordrhein-westfälische Waldbauernverband zum ersten Advent an Landtagspräsidentin Regina van Dinther übergeben hat.

Foto: Schälte